

ANDREAS HEINEMANN

Immateriälgüterschutz
in der
Wettbewerbsordnung

Jus Privatum

65

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 65



Andreas Heinemann

Immaterialgüterschutz in der Wettbewerbsordnung

Eine grundlagenorientierte Untersuchung
zum Kartellrecht des geistigen Eigentums

Mohr Siebeck

Andreas Heinemann, Jahrgang 1962; Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Bonn, Hagen, Genf und München sowie Rechtsreferendariat in Berlin; 1990/91 Teilnahme am 15-monatigen Cycle International der Ecole Nationale d'Administration in Paris; 1995 Promotion; 2000 Habilitation; seit 2001 Inhaber des Lehrstuhls für Deutsches Recht an der Universität Lausanne.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Heinemann, Andreas:

Immaterialgüterschutz in der Wettbewerbsordnung : eine grundlagenorientierte Untersuchung zum Kartellrecht des geistigen Eigentums / Andreas Heinemann. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2002

(Jus privatum ; Bd. 65)

ISBN 3-16-147709-X

978-3-16-157962-2 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2002 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0940-9610

Vorwort

Das Ziel dieser Untersuchung besteht in einer Neubestimmung des Verhältnisses von Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums. Anlass waren die Arbeiten am Draft International Antitrust Code (DIAC), einer Initiative aus der Wissenschaft zur Aufnahme von Kartellrecht in die WTO. Der Verfasser schlug im Zuge dieser Arbeiten für den Grenzbereich von Kartellrecht und Immaterialgüterrecht einen „Vier-Felder-Ansatz“ vor, der eine Verfeinerung der im deutschen und europäischen Recht herrschenden Inhaltstheorie, bzw. Lehre vom spezifischen Gegenstand beabsichtigte. Weder die herrschenden Konzepte noch der eigene Vorschlag hielten allerdings kritischer Überprüfung stand. Die alten Ansätze stammen aus einer Zeit, in der ein antagonistisches Verhältnis beider Rechtsgebiete angenommen wurde. Geht man – richtigerweise – von einer weitgehenden Zielkomplementarität von Kartellrecht und Immaterialgüterrecht aus, entfällt das Bedürfnis nach schematischen Grenzziehungen. Stattdessen sind immaterialgüterrechtliche Wertungen schon bei der Auslegung der kartellrechtlichen Tatbestände heranzuziehen. Im Gegenzug entfällt die systemwidrige Abschirmung schutzrechtlicher Inhalte vor der Anwendung von Kartellrecht.

Die Untersuchung wurde im Sommersemester 2000 von der Juristischen Fakultät der Universität München als Habilitationsschrift angenommen und befindet sich auf dem Stand von August 2001. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne meinen Lehrer und Mentor Wolfgang Fikentscher, der mich mit dem Beginn meiner Assistentenzeit in den erwähnten kartellrechtlichen Arbeitskreis aufnahm, den Anstoß zur Habilitationsschrift gab und ihre Betreuung übernahm. Von noch grundlegenderer Bedeutung sind die vielfältigen Anregungen, die ich von ihm schon seit der Studienzeit erhalten habe, und die weit über den Gegenstandsbereich von Recht und Ökonomie hinausgehen. Ihm sei diese Arbeit gewidmet. Mein herzlichster Dank gilt auch Helmut Köhler, und zwar einerseits für die Erstattung des Zweitberichts und für so manche Förderung, und andererseits für die freundliche Aufnahme am Lehrstuhl, wo ich im Kreis um Karin Mella und Ingeborg Wild ein wunderbares Umfeld und die idealen Arbeitsbedingungen für das langwierige Projekt gefunden habe.

Gedankt sei dem Chicago Kent College of Law und ganz besonders David Gerber für die Unterstützung bei den Recherchen zum US-amerikanischen Recht. David Gerber, amerikanischer Rechtsvergleicher und eng vertraut mit

europäischem Recht sowie zahlreichen europäischen Rechtsordnungen, hat mein Verständnis für transatlantische Gemeinsamkeiten und Unterschiede ganz erheblich gestärkt. Besonders viel gelernt habe ich auch von Rolf Sack und Hanns Ullrich, deren jahrzehntelanger Arbeit an der Schnittstelle von Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums diese Untersuchung viel zu verdanken hat. Sehr am Herzen liegt mir der Dank an den Arbeitskreis L 29 (in letzter Zeit: Winfried Brechmann, Martina Deckert, Tatjana Hörnle, Oliver Lepsius, Helmut Petz, Adelheid Puttler, Birgit Schmidt am Busch und Christian Waldhoff) und an alle anderen Freunde und Kollegen für fruchtbaren Gedankenaustausch mit engerem, weiterem oder auch gar keinem Bezug zum Thema der Arbeit, nämlich an Josef Drexl, Ulrich Ehrlicke, Hans-Peter Folz, Daniel Khan, Thomas Möllers, Jan-Hendrik Röver, Philip Spoerri und Markus Zöckler. Nicht unwichtig war schließlich das Asyl, das mir an der Tafelrunde des Münchener Völkerrechts gewährt wurde.

Zu danken habe ich dem Freistaat Bayern für die Förderung dieser Arbeit durch den Bayerischen Habilitations-Förderpreis, sowie der Verwertungsgesellschaft WORT für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses.

München, den 30. September 2001

Andreas Heinemann

Inhaltsübersicht

Einleitung

A. Das Verhältnis von Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums	1
B. Begriff des geistigen Eigentums	2
C. Eingrenzungen	6
D. Gang der Darstellung	8

1. Teil

Ökonomische Grundlagen des geistigen Eigentums und seiner kartellrechtlichen Bezüge

A. Klassische Begründungen und ihre empirische Überprüfung	12
B. Mehrebenenansatz	14
C. Ökonomische Analyse des Immaterialgüterrechts	15
D. Immaterialgüterrechte als property rights	21
E. Kartellrecht des geistigen Eigentums in ökonomischer Betrachtung	24
F. Ergebnis	30

2. Teil

US-amerikanisches Recht

A. Historische Fragmente zum Verhältnis von Ausschließlichkeitsrechten und wirtschaftlicher Freiheit im englischen Recht	33
B. Entwicklungslinien des amerikanischen Intellectual Property Antitrust	37
C. Anwendungsprobleme	85
D. Zusammenfassung	120

3. Teil

Deutsches Recht

A. Geschichtliche Vorbemerkung	123
B. Deutsches Kartellrecht des geistigen Eigentums	139

C. Immaterialgüterrechtliche Regelungen mit kartellrechtlichem Bezug, insbesondere Zwangslizenzen	178
D. Ergebnis	187

4. Teil

Europäisches Recht

A. Immaterialgüterschutz im System des EG-Vertrags	190
B. Immaterialgüterschutz und Grundfreiheiten	217
C. Immaterialgüterschutz und europäisches Kartellrecht	288

5. Teil

Internationales Recht

A. Havanna Charta	558
B. Der UN-Kodex zur Kontrolle wettbewerbsbeschränkender Praktiken	561
C. Der UN-Entwurf eines Verhaltenskodex über den Technologietransfer	565
D. OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen	569
E. Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPs) ..	572
F. Kartellrecht im WTO-System	594

Ergebnis

A. Ökonomische Betrachtung: Verdeutlichung der Funktions- zusammenhänge, aber keine Vorgaben <i>more geometrico</i> für das Grundlagenproblem	619
B. Amerikanisches Recht: Metamorphosen des intellectual property antitrust	620
C. Deutsches Recht: Reformverweigerung	622
D. Europäisches Recht: Austarierung von Marktintegration, Wettbewerbsschutz und Immaterialgüterrecht	623
E. Internationales Recht: Die Notwendigkeit eines internationalen Wettbewerbsübereinkommens	627
F. Integration des Immaterialgüterschutzes in die Wettbewerbsordnung	628
Literaturverzeichnis	631
Sachregister	679

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXI
-----------------------------	------

Einleitung

A. Das Verhältnis von Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums ...	1
B. Begriff des geistigen Eigentums	2
I. Ursprünge	2
II. Aktualität	4
III. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Sacheigentum und geistigem Eigentum	5
IV. Vorzüge des Eigentumsbegriffs	5
C. Eingrenzungen	6
I. Recht des unlauteren Wettbewerbs	7
II. Einheitliche Anwendung des Kartellrechts auf das Gesamtgebiet des geistigen Eigentums?	7
III. Lizenzkartellrecht	8
D. Gang der Darstellung	8

1. Teil

Ökonomische Grundlagen des geistigen Eigentums und seiner kartellrechtlichen Bezüge

A. Klassische Begründungen und ihre empirische Überprüfung	12
B. Mehrebenenansatz	14
C. Ökonomische Analyse des Immaterialgüterrechts	15
I. Kosten/Nutzen-Kalküle	17
II. Abgeleitete Nutzungen	18

III. Marken und Geschäftsgeheimnisse	18
IV. Ertrag der ökonomischen Analyse	19
D. Immaterialgüterrechte als property rights	21
I. Grundthese	21
II. Anwendung auf das geistige Eigentum	21
III. Kosten und Nutzen der Internalisierung	22
IV. Anreizwirkung durch Immaterialgüterrechte?	23
E. Kartellrecht des geistigen Eigentums in ökonomischer Betrachtung ...	24
I. Konflikt, Harmonie oder Komplementarität zwischen Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums?	25
II. Innovationsförderung als Ziel des Kartellrechts	27
III. Schutzrechte und Marktbeherrschung	28
IV. Ökonomische Beurteilung beschränkender Klauseln in Lizenzverträgen	28
F. Ergebnis	30

2. Teil

US-amerikanisches Recht

A. Historische Fragmente zum Verhältnis von Ausschließlichkeitsrechten und wirtschaftlicher Freiheit im englischen Recht	33
I. Privilegienwesen	33
II. Das englische <i>Statute of Monopolies</i> von 1624	34
III. Folgerungen	36
B. Entwicklungslinien des amerikanischen Intellectual Property Antitrust	37
I. Erste Erfahrungen mit dem Sherman Act von 1890: Keine Anwendung von <i>antitrust</i> -Recht auf Rechte des geistigen Eigentums	41
II. Vom „Badewannen“-Fall (1912) bis in die siebziger Jahre: Konflikt von <i>antitrust</i> und Immaterialgüterrecht	42
1. Die Inhaltstheorie in Form des Zwei-Felder-Ansatzes	42
2. Die „Nine No-No’s“	45
3. Verdienst und Schwäche	46

III. Die Lehre vom patent misuse (bzw. copyright misuse)	46
1. Tatbestand des <i>patent misuse</i>	48
2. <i>copyright misuse</i>	49
3. Systematische Stellung des <i>misuse</i> -Konzepts in Kartell- und Privatrecht	51
4. Entbehrlichkeit der <i>patent misuse</i> -Lehre	53
5. Der Drei-Felder-Ansatz	55
6. Entbehrlichkeit einer eigenständigen Lehre des <i>patent misuse</i>	56
IV. Die „Antitrust Guidelines for the Licensing of Intellectual Property“ und ihre theoretische Vorbereitung: Der endgültige Abschied von der Inhaltstheorie	56
1. Vorbereitung des Meinungswandels: Die Chicago School	56
2. Entwicklung der Rechtsprechung	58
3. Die Guidelines	61
a) Drei allgemeine Prinzipien	63
b) Die betroffenen Märkte	65
c) Wettbewerbsbeschränkungen in Lizenzverträgen	66
d) Einzelne Lizenzierungspraktiken	69
(1) Horizontale Beschränkungen	69
(2) Vertikale Preisbindung	69
(3) Kopplungen	70
(4) Alleinbezugsvereinbarungen	70
(5) Wechselseitige Lizenzen („cross-licensing“) und Schutz- rechtsgemeinschaften („pooling“)	70
(6) Rückgewährklauseln	72
e) Konkrete Auswirkungen	72
4. Bewertung	73
V. Von der Chicago School zu „Post-Chicago Economics“	76
1. Hauptkritikpunkte der „Post-Chicago Economics“	76
2. Die Kodak-Entscheidung des U.S. Supreme Court	79
a) Sachverhalt	79
b) Entscheidungsgründe	79
3. Probleme und Lösungsmöglichkeiten	82
4. Auswirkungen des <i>Post-Chicago-Ansatzes</i> auf das Kartellrecht des geistigen Eigentums	83
5. Das Kartellrecht des geistigen Eigentums unter der <i>Clinton-</i> Administration	84
C. Anwendungsprobleme	85
I. Kontrahierungszwang zu Lasten von Immaterialgüterrechten	85
1. Kopplungspraktiken	89
2. Marktmacht	89
a) Lieferverweigerung	90
b) Lizenzverweigerung nach bestehender Geschäftsbeziehung	91
c) Lizenzverweigerung bei erstmaliger Kontaktaufnahme	93

II. Unterfall des Kontrahierungszwangs:	
Die „essential facilities“-Doktrin	93
1. Ursprung der „essential facilities“-Lehre	94
2. Voraussetzungen	96
3. Kritik	96
4. <i>essential facilities</i> und Immaterialgüterrechte	98
5. Ausblick auf die Rezeption der <i>essential facilities</i> -Lehre im europäischen Kartellrecht	100
III. „monopoly leveraging“:	
Einsatz von Monopolmacht auf anderen Märkten	102
1. <i>leveraging</i> als eigenständige Monopolisierungsform?	102
2. Verhältnis von <i>leveraging</i> und Monopolisierung	103
3. Unterschied zur <i>essential facilities</i> -Lehre	103
4. <i>leveraging</i> im Zusammenhang mit Immaterialgüterrechten	104
IV. Normierung und Standardisierung, insbesondere <i>de facto</i> -Standards	104
1. <i>de facto</i> -Standard und Hauptmarkt	105
2. <i>de facto</i> -Standard und abgeleitete Märkte	105
3. Die „IBM“-Verfahren	106
4. <i>Berkey Photo v. Eastman Kodak Co.</i>	107
5. Folgerungen	107
V. „Wintelism“ – Strengere Regeln für weltweite <i>de facto</i> -Standards?	108
1. Microsoft	108
a) „Microsoft-Lizenz-Verfahren“	109
b) „Microsoft-Browser-Verfahren“	110
c) Die erstinstanzliche Entscheidung im Browser-Streit	113
d) Die zweitinstanzliche Entscheidung im Browser-Streit	114
e) Folgerungen	115
2. Intel	117
3. <i>de facto</i> -Standards im Zeitalter der Globalisierung	119
D. Zusammenfassung	120

3. Teil

Deutsches Recht

A. Geschichtliche Vorbemerkung	123
I. Entwicklung des deutschen Patent- und Urheberrechts	123
1. Ausgangspunkt	124
2. Urheberrecht	124

3. Patentrecht – Die große Patentdebatte	125
4. Josef Kohler	126
II. Entwicklung des deutschen Kartellrechts	128
1. Das Reichsgericht	128
2. Kartellverordnung von 1923	129
3. Zwangskartellgesetz von 1933	132
4. Dekartellierungsrecht	132
5. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	133
III. Dogmatische Entwicklungslinien	135
1. Kaiserreich	135
2. Kartellverordnung	136
3. Dekartellierungsrecht	136
4. GWB	138
B. Deutsches Kartellrecht des geistigen Eigentums	139
I. Spezialregeln für Lizenzverträge: §§ 17, 18 GWB	141
1. Regelungsgrundsätze	142
2. Vergleich zu den §§ 14 und 16 GWB	144
3. Inhaltstheorie	145
4. Kritik an der Inhaltstheorie	147
a) Die Inhaltstheorie: Ein Konzept des US-amerikanischen Antitrust-Rechts, das in den USA längst überwunden wurde	147
b) Schwierigkeiten mit der Inhaltstheorie des deutschen Rechts	148
c) Normtheoretische Problematik der Inhaltstheorie vor dem Hintergrund des Eigentumsbegriffs	150
d) Folgerungen	153
5. Vergleich zum europäischen Lizenzkartellrecht	154
II. Allgemeine Vorschriften über Vertikalvereinbarungen: §§ 14, 16 GWB	154
1. Preis- und Konditionenbindungen	155
2. Ausschließlichkeitsbindungen	155
III. Horizontale Wettbewerbsbeschränkungen: §§ 1 ff. GWB	156
1. Anwendbarkeit von § 1 GWB	157
2. Verhältnis von § 1 GWB zu den §§ 17, 18 GWB	159
3. Horizontale Beschränkungen im Zusammenhang mit Rechten des geistigen Eigentums	160
4. Begriff der Wettbewerbsbeschränkung	160
5. Ausnahmen vom Kartellverbot und Tatbestandsrestriktionen: Inhalts- und Immanenztheorie	161
a) Inhaltstheorie	162
b) Immanenztheorie	165
6. Ergebnis	166

IV. Missbrauch marktbeherrschender Stellungen: § 19 GWB	167
1. Schutzrechte und Marktbeherrschung	167
2. Missbrauch, insbesondere die Lizenzverweigerung	168
3. Lizenzierungspflichten unter dem Gesichtspunkt der wesentlichen Einrichtung?	170
a) § 19 Abs.4 Nr.4 GWB: Regelbeispiel für den Missbrauch von Netzen oder anderen Infrastruktureinrichtungen	170
b) Immaterialgüterrechte als wesentliche Einrichtung	171
c) Allgemeine Grundsätze des Kontrahierungszwangs	171
d) Voraussetzungen des Lizenzierungszwangs	172
e) Abstellung des Missbrauchs nur durch Verbote, nicht aber durch Gebote?	173
4. Inhaltstheorie	173
5. Ergebnis	174
V. Behinderungs- und Diskriminierungsverbot: § 20 GWB	174
VI. Fusionskontrolle: §§ 35ff. GWB	176
VII. Vorrang des europäischen Rechts	176
C. Immaterialgüterrechtliche Regelungen mit kartellrechtlichem Bezug, insbesondere Zwangslizenzen	178
I. Materielle Voraussetzungen für die Erteilung einer patentrechtlichen Zwangslizenz	180
II. Die „Polyferon“-Entscheidung des BGH	181
1. Sachverhalt	181
2. Entscheidungsgründe	182
3. Kritik	183
III. Folgerungen	185
D. Ergebnis	187

4. Teil

Europäisches Recht

A. Immaterialgüterschutz im System des EG-Vertrags	190
I. Art. 295 EGV (= Art. 222 EGV a.F.)	191
1. Ausgangspunkt: Art. 295 EGV als „offene Flanke“ des Gemeinschaftsrechts?	191
2. Folgerungen aus der Entstehungsgeschichte	192
3. Standpunkt des Gerichtshofs	192
4. Gründe für die restriktive Auslegung von Art. 295 EGV	193
a) Art. 295 EGV als bloße Übergangsvorschrift?	194
b) Umfasst die Eigentumsordnung auch das geistige Eigentum?	195

c) Bestand und Ausübung von Eigentumsrechten	195
(1) Rhetorische Funktion der Formel	196
(2) Politische Funktion der Formel	197
(3) Keine Verabsolutierung der Formel	198
5. Art. 295 EGV im System des EG-Vertrags	199
a) Gemeinschaftsrechtliche Schutzrechte	199
b) Harmonisierung	200
c) Anwendung von Primärrecht	201
d) Art. 295 EGV: Kompetenz-, nicht Sachnorm	202
6. Ergebnis	203
II. Rechtsgrundlagen zur Harmonisierung nationaler Schutzrechte	205
1. Art. 94 EGV (= Art. 100 a.F.)	206
2. Art. 95 EGV (= Art. 100a a.F.)	208
a) Formelle Unterschiede zu Art. 94 EGV	208
b) Materielle Voraussetzungen	210
3. Sonstige Harmonisierungsgrundlagen	211
a) Gemeinsame Handelspolitik: Art. 133 EGV (= Art. 113 a.F.)	211
b) Agrarpolitik: Art. 37 EGV (= Art. 43 a.F.)	212
c) Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	213
d) Verbraucherschutz: Art. 153 Abs.4 EGV (= Art. 129a Abs.2 a.F.) ..	214
III. Einheitliche europäische Schutzrechte:	
Art. 308 EGV (= Art. 235 a.F.)	214
1. Externe Lösung	215
2. Interne Lösung	215
IV. Ergebnis	217
B. Immaterialgüterschutz und Grundfreiheiten	217
I. Freier Warenverkehr und nationale Schutzrechte	218
1. Nationale Schutzrechtssysteme als staatliche Regelungen	219
2. Nationale Schutzrechte als Maßnahmen gleicher Wirkung wie eine mengenmäßige Beschränkung	220
a) Territorialitätsprinzip und freier Warenverkehr	221
b) Nationale Schutzrechte als Handelsbeschränkung?	222
(1) Übernahme der Wettbewerbsöffnungslehre?	222
(2) Rechtssache „Keck“	224
(3) Zusätzliche Tatbestandsrestriktionen?	225
(4) Ergebnis	227
c) Handelsbehinderung durch Einschränkung nationaler Schutz- rechte – das Problem der „underprotection“	228
(1) „Zwangslizenz“-Entscheidungen	228
(2) Unmittelbare und mittelbare Einfuhrbehinderungen	228
(3) Folgerungen	229
3. Importbeschränkungen zum Schutz des gewerblichen und kommer- ziellen Eigentums (Art. 30 EGV)	230

a)	Allgemeine Voraussetzungen von Art. 30 EGV	230
b)	Begriff des gewerblichen und kommerziellen Eigentums	232
(1)	„Gewerbliches Eigentum“ im allgemeinen Sprachgebrauch	232
(2)	„Kommerzielles Eigentum“ im allgemeinen Sprachgebrauch	233
(3)	Autonome Bedeutung des gewerblichen und kommerziellen Eigentums im Gemeinschaftsrecht	234
α)	Urheberrecht	234
β)	Lauterkeitsrecht	236
c)	„zum Schutz“ des geistigen Eigentums	237
4.	Die immaterialgüterrechtliche Trias: Bestand/Ausübung, Spezifischer Gegenstand und Erschöpfung	238
a)	Bestand und Ausübung	238
b)	Spezifischer Gegenstand von Immaterialgüterrechten	239
(1)	Zwei getrennte Prüfungsstufen?	240
(2)	Einheitliche Prüfung	240
(3)	Spezifischer Gegenstand einzelner Schutzrechte	242
α)	Patentrecht	242
β)	Urheberrecht	243
γ)	Geschmacksmusterrecht	244
δ)	Markenrecht	245
(4)	„functionality test“?	245
α)	Vorteile	246
β)	Verhältnis zur Lehre vom spezifischen Gegenstand	246
γ)	Schwierigkeiten	247
δ)	Besonderheiten des Markenrechts	248
ε)	Ergebnis	249
(5)	Unspezifische Inhalte von Schutzrechten	250
c)	EG- und EWR-weite Erschöpfung	250
(1)	Ursprünge der gemeinschaftsrechtlichen Erschöpfungslehre	251
(2)	Konsequenzen des Zustimmungsgedankens	252
α)	Immaterialgüterrechtliche Vermarktungspflichten	253
β)	Kartellrechtliche Vermarktungspflichten	253
γ)	Sonstige Vermarktungspflichten	254
(3)	Reichweite der Erschöpfung	255
α)	Deutsches Recht	256
β)	Vermiet- und Verleihrecht	256
γ)	Umpackfälle	258
(4)	Erschöpfung nur bei Ausnutzung eines parallelen Schutzrechts?	261
α)	Grundkonstellation	261
β)	Standpunkt des Gerichtshofs	261
γ)	Kritik an „Merck/Stephar“	262
δ)	Reaktion des Gerichtshofs	263
ε)	Stellungnahme	264
ζ)	Ergebnis	267
(5)	Inverkehrbringen nach Schutzfristablauf	268

(6) Von der gemeinschaftsweiten zur EWR-weiten Erschöpfung ..	268
(7) Internationale Erschöpfung?	270
5. Keine willkürliche Diskriminierung oder verschleierte Beschränkung des Handels (Art. 30 S.2 EGV)	271
a) Eigenständige Bedeutung der Vorschrift im Immaterialgüterrecht ..	272
b) Verschleierte Handelsbeschränkung	273
(1) „Centrafarm“	273
(2) „Keurkoop“	273
(3) Folgerungen	274
(4) Subjektiver Diskriminierungsbegriff?	274
c) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	276
II. Andere Grundfreiheiten und das allgemeine Diskriminierungsverbot des Art. 12 EGV	276
1. Dienstleistungsfreiheit	277
a) Allgemeines	277
b) Geistiges Eigentum und Dienstleistungsfreiheit	278
c) Coditel I	278
(1) Sachverhalt	278
(2) Entscheidungsgründe	279
(3) Bewertung	279
d) Vereinbarkeit nationaler Schutzrechte mit der Dienstleistungs- freiheit, insbesondere die immaterialgüterrechtliche Trias	280
(1) Beschränkungsverbot	280
(2) Ausnahmen, insbesondere die immaterialgüterrechtliche Trias ..	281
e) Abgrenzung von Dienstleistungsverkehr und Warenverkehr	281
2. Freier Personen- und Kapitalverkehr	282
3. Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 12 EGV)	282
III. Gemeinschaftliche Schutzrechte und Grundfreiheiten	284
1. Bindung der Gemeinschaft an die Grundfreiheiten	284
a) Ausgangspunkt	284
b) Standpunkt des Gerichtshofs	285
c) Eingeschränkter Prüfungsumfang?	285
d) Ergebnis	286
2. Vereinbarkeit gemeinschaftlicher Schutzrechte mit den Grund- freiheiten und dem allgemeinen Diskriminierungsverbot	286
a) Konflikt gemeinschaftlicher Schutzrechte mit den Grundfreiheiten	287
b) Erschöpfung	287
c) Spezifischer Gegenstand	287
C. Immaterialgüterschutz und europäisches Kartellrecht	288
I. Allgemeine Grundsätze	289
1. Ausgangspunkt	290
2. Trennung von Bestand und Ausübung	291
a) „Consten und Grundig/Kommission“	291

b) Zusammenhang mit der Kompetenzordnung des Vertrags	291
c) Anwendbarkeit der Wettbewerbsregeln	292
d) Unanwendbarkeit der Inhaltstheorie im europäischen Recht.	292
e) Gemeinschaftsrechtliche Schutzrechte	293
3. Spezifischer Gegenstand gewerblicher Schutzrechte	294
a) Anhaltspunkte im Sekundärrecht	295
(1) Die Gruppenfreistellungsverordnung Technologietransfer („GFVO-TT“)	295
(2) Verhältnis von Primär- und Sekundärrecht vor dem Hintergrund der Lehre vom spezifischen Gegenstand	301
(3) Schematismus der Lehre vom spezifischen Gegenstand	303
(4) Vereinbarkeit einer schematischen Handhabung der Lehre vom spezifischen Gegenstand mit der Gruppenfreistellungsverordnung Technologietransfer	303
(5) Zwischenergebnis	304
b) Die Handhabung der Lehre vom spezifischen Gegenstand durch den Gerichtshof	305
(1) Vereinbarungen mit Bezug auf ungeschützte Produkte	305
(2) Vereinbarungen mit Bezug auf geschützte Produkte, die außerhalb des spezifischen Gegenstands des Schutzrechts liegen	307
α) Eindeutige Fälle	307
β) Keine Angaben zum spezifischen Gegenstand	308
γ) „Maissaatgut“: Ausschließliche Lizenzen	308
δ) „BAT Cigarettenfabriken“: Markenabgrenzungsvereinbarungen; „Bayer/Süllhöfer“: Prozessvergleiche	311
ε) „Kai Ottung“: Pflicht zur Zahlung von Lizenzgebühren nach Ablauf der Schutzdauer	312
(3) Vereinbarungen mit Bezug auf geschützte Produkte, die innerhalb des spezifischen Gegenstands des Schutzrechts liegen	315
α) Lizenzvermerke	315
β) Schutzrechtsübertragung.	315
γ) „Keurkoop/Nancy Kean Gifts“: Abgestimmte Hinterlegung von Mustern	317
δ) „Erau-Jacquery“: Verbot der Weitergabe von Basissaatgut	318
(4) Argumentationsstruktur des Gerichtshofs	318
c) Bedeutungsverlust des Konzepts vom spezifischen Gegenstand im europäischen Kartellrecht	319
d) Unterschiedliche Bedeutung des Konzepts vom spezifischen Gegenstand im Zusammenhang von Grundfreiheiten und Kartellrecht	321
(1) Grundfreiheiten	321
(2) Kartellrecht	321
(3) Bedeutungsunterschied	322
e) Verhältnis von Grundfreiheiten und Wettbewerbsregeln	322
(1) Stufenverhältnis?	322
(2) Eröffnung und Ausübung von Handlungsmöglichkeiten	324

(3) Vorüberlegung	324
(4) Diskussion	325
f) Ergebnis	327
4. Grundauffassungen über das Verhältnis von Immaterialgüterrecht und europäischem Kartellrecht	328
a) Rein kartellrechtlicher Ansatz	328
b) Wettbewerbsöffnungstheorie	329
c) Theorie vom spezifischen Gegenstand	329
5. Der hier vertretene Standpunkt	330
a) Wettbewerbsöffnungstheorie	330
b) Rein kartellrechtlicher Ansatz	331
c) Lehre vom spezifischen Gegenstand	331
d) Verhältnis zu Theorie und Praxis des Gerichtshofs	332
e) Lösungsweg	333
II. Art. 81 EGV	334
1. Allgemeines	334
a) Verbot und Ausnahmen	334
b) Das Mittel der Wettbewerbsbeschränkung: Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmens- vereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen	336
(1) Bloß einseitiges Verhalten im Recht des geistigen Eigentums ...	337
(2) Verhältnisskoordination im Recht des geistigen Eigentums ...	338
(3) Erweiterter Kartellbegriff im Recht des geistigen Eigentums?	338
(4) Stellungnahme	339
c) Das grenzüberschreitende Moment: Die Zwischenstaatlich- keitsklausel	341
d) Immaterialgüterrechtliche Besonderheiten im Kartell- verfahrensrecht	341
(1) Allgemeine Ausnahmen von der Anmeldeobliegenheit	342
(2) Spezielle Anmeldebefreiungen für gewerbliche Schutzrechte	343
α) Anwendungsbereich	343
β) Keine Anwendung auf Lizenzgeberbeschränkungen	344
γ) Befreiung von der Anmeldeobliegenheit nur für Beschränkungen hinsichtlich der Ausübung	346
2. Begriff der Wettbewerbsbeschränkung	348
a) Einführung	348
(1) Abstrakte Wettbewerbsdefinition oder pragmatische Einzelfallbetrachtung?	349
(2) Ein Mittelweg: Ansätze zur Tatbestandsbegründung, -vereinerung und -reduzierung	350
b) Regelbeispiele in Art. 81 Abs.1 EGV	351
c) Konkretisierung des Begriffs der Wettbewerbsbeschränkung durch den Gerichtshof	351
(1) Selbstständigkeitspostulat	351

(2) Außenwirkung	352
(3) Außenwirkung und Immaterialgüterrecht	353
(4) Handlungsbeschränkung als hinreichendes Kriterium?	354
d) Formale und materielle, bzw. abstrakte und konkrete Wettbewerbsbeschränkungen	354
(1) Ausgangspunkt	354
(2) Die Kardinalfrage: In welchem Punkt schlagen bloße Handlungsbeschränkungen in tatbestandsmäßige Wettbewerbsbeschränkungen um?	356
α) Zusätzliche Anforderungen an den Beschränkungs­begriff	356
β) Beispiele aus den Kooperationsleitlinien	357
γ) Beispiele aus der GFVO Technologietransfer	358
δ) Umschlagpunkt	358
ε) Notwendigkeit einer offenen Argumentation	359
ζ) Verhältnis zur rule of reason	360
η) Überlastung der Kommission – ein Argument für den materiellen Begriff der Wettbewerbsbeschränkung?	361
(3) Zwischenergebnis	361
e) Das Verhältnis von Art. 81 Abs.1 und Abs.3 EGV	362
(1) Ausgangspunkt	362
(2) Konsequenzen	362
(3) Folgerungen	363
(4) Problemstellung	364
f) Eigene Bedeutung des Merkmals der Wettbewerbsverfälschung?	364
g) Beschränkungsfähiger Wettbewerb	366
(1) Arbeitsgemeinschaften	366
(2) Konzerne	367
(3) Kooperative Gemeinschaftsunternehmen	367
(4) Folgerungen	367
h) Spürbarkeit	368
(1) Bagatellbekanntmachung der Kommission von 1997	369
α) Marktanteile	369
β) Vertragstypen	370
γ) Kleine und Mittlere Unternehmen	370
δ) Stellenwert der Bekanntmachung	370
(2) Reichweite des Spürbarkeitskriteriums	371
(3) Spürbarkeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums	372
(4) Bündeltheorie	374
α) Grundlagen	374
β) „Delimitis“	375
γ) Bagatellbekanntmachung	375
δ) Anwendung der Bündeltheorie auf das Recht des geistigen Eigentums	375
i) Schutzwürdiger Wettbewerb	376
(1) Rechtswidriger Wettbewerb	377
α) Lauterkeitsverstöße	377
β) „Dansk Supermarket“	378

γ) Anforderungen an die nationale Lauterkeitgesetzgebung . . .	378
δ) Konsequenzen für Einzelfälle	379
ε) Zusammenhang von Verkehrsfreiheit und Kartellverbot	380
(2) Nicht-schutzwürdiger Wettbewerb im engeren Sinne	381
j) Lehre vom spezifischen Gegenstand	381
k) rule of reason?	382
(1) Meinungsspektrum	383
(2) Terminologische Fragen	384
(3) Stellungnahme	386
l) Wettbewerbsöffnungs-, bzw. Markterschließungstheorie	387
(1) Terminologische Klarstellung	388
(2) Standpunkt des Gerichtshofs	389
α) Der Ausgangspunkt: „Maschinenbau Ulm“	390
β) Entscheidungen ohne (direkten) Bezug zum Recht des geistigen Eigentums	390
γ) Entscheidungen mit Bezug zum Recht des geistigen Eigentums	392
δ) „Maissaatgut“	393
ε) „Coditel II“	398
(3) Mögliche Lösungsansätze	400
α) Konzept der formalen Wettbewerbsbeschränkung	401
β) Markterschließungsdoktrin im weiteren Sinn	401
γ) Konzept der materiellen Wettbewerbsbeschränkung, bzw. Markterschließungsdoktrin im engeren Sinn	402
(4) Eigener Standpunkt	403
(5) Präzisierung	405
α) Nebenabreden	405
β) Erforderlichkeit	405
γ) Vereinbarkeit der Markterschließungsdoktrin i.e.S. mit Art. 81 EGV	408
(6) Methodische Begründung	408
α) Der Vorschlag von J. Fritzsche	408
β) Materialisierung des Beschränkungsbegriffs	409
γ) Methodische Grenzen der Materialisierung	410
m) Immanenztheorie	411
(1) Anwendbarkeit der Immanenztheorie im europäischen Kartellrecht	411
(2) Methodische Begründung der Immanenztheorie im euro- päischen Kartellrecht	412
(3) Immanenzrechtliche Einschränkungen des Kartellverbots durch den Gerichtshof	414
α) Unternehmenskauf	414
β) Genossenschaften	415
γ) Folgerungen	415
(4) Voraussetzungen der Tatbestandsreduktion	416
(5) Verhältnis von Markterschließungstheorie i.e.S. und Immanenztheorie	417

(6) Zusammenführung von Markterschließungstheorie und Immanenztheorie?	418
(7) Immaterialgüterrechtliche Bezüge der Immanenztheorie	419
α) Terminologische Vorbemerkung: Immanenztheorie und Inhaltstheorie	419
β) Relevanz der Immanenztheorie für das Recht des geistigen Eigentums	421
γ) Voraussetzungen für eine Anwendung der Immanenz- theorie	421
δ) Ergebnis	422
3. Möglichkeit der Freistellung nach Art. 81 Abs.3 EGV	423
a) Voraussetzungen	423
b) Versagung der Freistellung	423
c) Stellenwert der schwarzen Listen	424
d) Spezialitätsprinzip	424
4. Ergebnis	425
a) Gegen die Lehre vom spezifischen Gegenstand (im Zusammenhang mit europäischem Kartellrecht)	425
b) Begriff der materiellen Wettbewerbsbeschränkung	425
c) Vorschlag einer Markterschließungsdoktrin im engeren Sinn	426
d) Markterschließungsdoktrin und Verbotsprinzip	427
e) Sachgemäße Fassung des Beschränkungsbegriffs statt immanenz- rechtlicher Einschränkungen	428
III. Art. 82 EGV	428
1. Allgemeines	428
a) Verbotsprinzip	429
b) Ausnahmen	430
c) Zusammenhang von Freistellung und Missbrauchsverbot	432
2. Marktbeherrschende Stellung	432
a) Grundsätze	432
(1) Marktabgrenzung	433
(2) Marktbeherrschung	435
α) Marktanteil	435
β) Andere Kriterien	436
γ) Marktbeherrschung auf dem Gemeinsamen Markt	436
b) Sonderfall der relativen Marktmacht?	437
c) Marktbeherrschung durch mehrere Unternehmen	438
(1) Konzernunternehmen	438
(2) Kartelle	439
(3) Oligopol	439
d) Marktbeherrschung durch Immaterialgüterrechte	441
(1) Anwendbarkeit des Missbrauchsverbots	441
(2) Zusammenhang von Schutzrecht und Marktbeherrschung	441
(3) Kein Automatismus zwischen Schutzrecht und Marktbeherrschung	442

(4) „Magill“	444
(5) Zeitliche Begrenzung von Ausschließlichkeitsrechten	445
3. Missbrauch	445
4. Zusammenhang zwischen Marktbeherrschung und Missbrauch	447
a) Strukturmissbrauch	447
b) Keine Kongruenz von Marktbeherrschung und Missbrauch	448
(1) ratio des Missbrauchsverbots	448
(2) „Tetrapak II“	449
(3) Folgerung	450
c) Strukturmissbrauch nur bei Erlangung einer beherrschenden Stellung auf dem Drittmarkt	450
(1) Monopolstellung auf dem Drittmarkt?	450
(2) Benachbarter, aber getrennter Markt	451
(3) Objektive Rechtfertigung	452
d) Ergebnis	453
5. Missbrauch einer beherrschenden Stellung durch Ausübung gewerblicher Schutzrechte?	453
a) Missbrauch von Rechten	453
b) Das Missbrauchsverbot als Prinzip des Kartellrechts	454
c) Missbrauchsverbot und Immaterialgüterrechte	454
d) Präzisierung	455
6. Die Anwendung von Art. 82 EGV auf Rechte des geistigen Eigentums durch Kommission und Gerichtshof	456
a) Bestand und Ausübung	457
(1) Kritik an der Unterscheidung	457
(2) „Tetra Pak I“	458
(3) Folgerung	459
b) Spezifischer Gegenstand	459
(1) Mängel der Lehre vom spezifischen Gegenstand	459
(2) „Magill“	460
(3) Folgerung	460
(4) Fortgang der Untersuchung	461
c) Ausbeutungsmissbrauch	462
(1) Preissmissbrauch	463
α) „Parke, Davis & Co.“	464
β) „Sirena/Eda“	464
γ) „Coditel II“ und „CICRA u.a./Renault“	465
δ) „Tournier“	466
ε) „Micro Leader/Kommission“	466
ζ) Konzept der Gewinnbegrenzung oder Vergleichs- marktkonzept?	466
(2) Konditionenmissbrauch	468
(3) Missbrauch zu Lasten von Schutzrechtsinhabern	469
α) Verwertungsgesellschaften	469
β) Normen	470

γ) Einsatz von Marktmacht gegen den Vorwurf der Schutzrechtsverletzung	470
δ) Fazit	470
d) Behinderungsmissbrauch	471
(1) „CICRA u.a./Renault“ und „Volvo/Veng“	471
α) Freier Warenverkehr	471
β) Missbrauchsverbot	472
γ) Analyse	472
(2) „Hilti“	474
(3) „Tetra Pak I“ und „Tetra Pak II“	476
α) „Tetra Pak I“	476
β) „Tetra Pak II“	477
(4) „Magill“ („Fernsehzeitschrift für Irland“)	479
α) Sachverhalt	481
β) Verfahrensgang	481
γ) Rechtliche Würdigung	481
(5) Die Diskussion um „Magill“	484
α) Grundsätzliche Argumente gegen „Magill“	485
β) „Magill“: Ein „Ausreißer“ der Rechtsprechung aufgrund von Besonderheiten des irischen Urheberrechts?	488
(6) Stellungnahme	491
α) Unterscheidung von Bestand und Ausübung, bzw. Lehre vom spezifischen Gegenstand	491
β) „Magill“: Singuläre Entscheidung eines untypischen Sachverhalts?	493
γ) Gründe für die außergewöhnliche Resonanz der „Magill“-Entscheidung	494
δ) Lieferzwang und Lizenzierungspflicht	495
(7) Ein vernachlässigter Aspekt von „Magill“: Zwangslizenzen und Erschöpfung	499
α) Keine Erschöpfung im Fall der Zwangslizenz	499
β) Kein Import des „Magill TV Guide“ nach Nordirland?	500
γ) Kartellrechtliche Korrektur des Freiwilligkeitsprinzips	500
δ) Immaterialgüterrechtliche Korrektur des Freiwilligkeitsprinzips	501
ε) Erschöpfung des Vervielfältigungsrechts?	501
e) Die Lehre von den wesentlichen Einrichtungen („essential facilities“-Doktrin)	502
(1) Ursprung der „essential facilities“-Lehre	503
(2) Rezeption der Lehre im europäischen Recht	503
(3) Grundlegende Änderungen bei der Auslegung von Art. 82 EGV durch den „essential facilities“-Gedanken?	504
α) Marktbeherrschung und Missbrauch	505
β) Strukturmissbrauch	505
γ) Einordnung der „essential facilities“-Fälle	506
δ) „essential facilities“ als phänomenologisches Hilfsmittel der Fallgruppenbildung	506

(4) Voraussetzungen des Zugangs zu wesentlichen Einrichtungen	507
α) Wesentliche Einrichtung	508
β) Eigene Tätigkeit des Marktbeherrschers auf dem abhängigen Markt	508
γ) Ausschluss, bzw. Behinderung von Wettbewerbern	509
δ) Keine objektive Rechtfertigung	509
ε) Versorgungsmangel?	509
ζ) Rechtsfolge	510
(5) „essential facilities“ und Immaterialgüterrecht; insbesondere der „Magill“-Fall	510
(6) Missbrauch mit dem Missbrauch?	512
(7) Anwendung der „essential facilities“-Lehre auf Immaterial- güterrechte nur bei Verhinderung neuer Produkte?	513
(8) (Computer-)Schnittstellen	514
α) Begriff und Bedeutung	515
β) Offenlegung oder Selbstermittlung des Schnittstellen-Code	515
γ) Schnittstellen als wesentliche Einrichtung	516
δ) „IBM“	517
e) Computerprogramm-Richtlinie	518
ζ) Schnittstellenproblematik und Ausschließlichkeitsrechte	519
(9) <i>de facto</i> -Normen	519
α) Begriff	519
β) <i>de facto</i> -Normen als wesentliche Einrichtungen	520
γ) Rechtsfolgen	521
f) Strukturmissbrauch (einschließlich Fusionskontrolle)	522
(1) Fusionskontrolle	522
α) Zusammenschlusstatbestand	522
β) Begründung oder Verstärkung einer beherrschenden Stellung	524
(2) Internes Unternehmenswachstum	525
α) Anwendungsfälle	526
β) Strukturmissbrauch auch bei Veränderungen des beherrschten Marktes?	526
(3) Immaterialgüterrechtliche Einschränkungen der Strukturkontrolle?	527
α) Marktbezug von Immaterialgüterrechten	527
β) Strukturmissbrauch auf der Grundlage von Immaterial- güterrechten	527
γ) Computerprogramm-Richtlinie	529
δ) Ergebnis	529
7. Missbrauchsprävention und Missbrauchsbekämpfung:	
Die Ersatzteilfrage im Europäischen Geschmacksmusterrecht	530
a) Tatsächlicher Hintergrund	532
b) Meinungsspektrum	533
(1) Musterschutz für Ersatzteile nach allgemeinen Regeln	534
(2) Keine Musterfähigkeit von „must match“-Teilen, zumindest kein Schutz gegen unabhängig hergestellte Ersatzteile	536

(3) Vermittelnde Lösungen: Reparaturklausel und Vergütungslösung	538
c) Stand der europäischen Gesetzgebung	539
d) Vorgaben für die Ausgestaltung des europäischen Musterrechts ...	543
(1) Zwingende Vorgaben für die Ersatzteilfrage?	543
(2) Die Ersatzteilfrage: Anwendungsfall der „aftermarket“- Problematik	544
(3) Konsequenzen für die Frage des Geschmacksmusterschutzes von Ersatzteilen	544
(4) Die Problematik nachgelagerter Märkte in der Praxis der Gemeinschaftsorgane	545
α) „Hugin“	546
β) „Renault“ und „Volvo“	547
γ) „Hilti“	547
δ) „Pelikan/Kyocera“	547
ε) „Digital Equipment Corporation“	548
(5) Standpunkte zur Problematik der nachgelagerten Märkte	549
e) Ergebnis und Folgerungen	551
f) Konsequenzen von „freeze plus“	552
8. Ergebnis	553
a) Keine Anwendung der Lehre vom spezifischen Gegenstand	553
b) Missbrauch von Immaterialgüterrechten?	554
c) Missbrauchsformen	554
d) Prävention von Konflikten zwischen Missbrauchsverbot und Immaterialgüterrecht	555

5. Teil

Internationales Recht

A. Havanna Charta	558
I. Vorgeschichte	558
II. Havanna-Konferenz	559
III. Wettbewerbsvorschriften der Havanna-Charta	560
1. Rahmen	560
2. Materielles Recht	560
3. Kartellrecht des geistigen Eigentums	561
B. Der UN-Kodex zur Kontrolle wettbewerbsbeschränkender Praktiken	561
I. Neue Weltwirtschaftsordnung	562
II. Verabschiedung des RBP-Set	563
III. Allgemeine Bestimmungen	564
IV. Kartellrecht des geistigen Eigentums	564

C. Der UN-Entwurf eines Verhaltenskodex über den Technologietransfer	565
I. Meinungsunterschiede zwischen den Ländergruppen	566
II. Kernbestand des TOT-Kodex	566
III. Perspektive für ein Technologietransfer-Abkommen	567
D. OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen	569
I. Behördenkooperation	569
II. Materielles Recht	569
III. Kartellrecht des geistigen Eigentums	570
IV. Konzeptionelle Arbeit im Rahmen der OECD	571
E. Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPs)	572
I. Immaterialgüterrecht und GATT 1947/1994	573
1. Regelungsgrundsätze	573
2. Ausnahmen vom Liberalisierungsgebot zum Schutz des geistigen Eigentums	573
3. Systematischer Umbruch durch das TRIPs-Abkommen	574
II. TRIPs und die Frage der Erschöpfung	575
1. Freiheit bei der Ausgestaltung der Erschöpfungswirkungen	575
2. Pflicht zur Annahme internationaler Erschöpfung	576
3. Verbot internationaler Erschöpfung	577
4. Stellungnahme	578
a) Keine Pflicht zur Annahme internationaler Erschöpfung	578
b) Kein Verbot der Annahme internationaler Erschöpfung	578
c) Freiheit und Beschränkung bei Ausgestaltung der Erschöpfungswirkungen	579
III. Wettbewerbsrecht im TRIPs-Übereinkommen	580
1. Lauterkeitsrecht	580
2. Kartellrecht	581
a) Art. 8 Abs.2 TRIPs-Abkommen: Missbräuchliche Verhaltensweisen	583
(1) Kompatibilitätsklausel	584
(2) Missbrauch von Rechten des geistigen Eigentums	585
α) Konkretisierung des Missbrauchsbegriffs	585
β) Unterschied zum europäischen Missbrauchsbegriff	585
γ) Die angloamerikanische <i>misuse</i> -Lehre	586
(3) Unangemessene Beschränkung des Handels und nachteilige Beeinflussung des internationalen Technologietransfers	587
(4) Ergebnis	587
b) Art. 31 TRIPs: Zwangslizenzen im Patentrecht	588

(1) Sonderregeln für die wettbewerbswidrige Lizenz- verweigerung	588
(2) Spielraum für nationales Kartellrecht	589
(3) Abhängige Patente	589
c) Art. 40 TRIPs	590
(1) Materielles Recht	591
α) Prinzipienklärung	591
β) Beispiele für missbräuchliche Lizenzklauseln	591
γ) Keine Pflicht zum Erlass von Kartellrecht	592
δ) Ergebnis	592
(2) Behördenkooperation	592
3. Bewertung	593
F. Kartellrecht im WTO-System	594
I. Kartellrechtliche Spezialvorschriften	595
1. Staatliche Monopole	595
2. TRIMs	595
3. Antidumping	595
4. Schutzmaßnahmen	596
5. Überprüfung der Handelspolitik	597
II. Kartellrechtliche Vorgaben aus allgemeinen GATT-Vorschriften – Der Bericht der Expertengruppe aus dem Jahr 1960	597
1. Abwesenheit unternehmensbezogener Vorschriften	597
2. Beurteilung privater Wettbewerbsbeschränkungen unter GATT 1947 ..	598
3. Bewertung des Expertenberichts	599
4. Wirkungsgeschichte	600
5. Einfluss des Expertenberichts auf die Uruguay-Runde	601
III. Die Weiterentwicklung der Welthandelsorganisation	601
IV. Der Draft International Antitrust Code (DIAC)	604
1. Allgemeine Vorschriften	606
a) Horizontale Wettbewerbsbeschränkungen	606
b) Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	606
c) Missbrauch marktbeherrschender Stellungen	607
2. Wettbewerbsbeschränkungen im Zusammenhang mit Rechten des geistigen Eigentums	607
a) Erforderlichkeit einer Spezialnorm	607
b) Regelungsprogramm von Art. 6 Section 1 DIAC	609
(1) Ausgangspunkt: Inhaltstheorie	609
(2) Keine Geltung der Inhaltstheorie für das Missbrauchsverbot ..	609
(3) Keine Geltung der Inhaltstheorie für das Verbot horizontaler Wettbewerbsbeschränkungen	609
(4) Vertikale Beschränkungen	610
c) Dogmatischer Hintergrund von Art. 6 Section 1 DIAC: Die Vier-Felder-Theorie	610

(1) Inhaltstheorie als Drei-Felder-Ansatz	610
(2) Schwäche der Inhaltstheorie	611
(3) Das vierte Feld	611
d) Ansätze eines Lizenzkartellrechts in Art. 6 Section 2 und 3 DIAC	611
(1) Beurteilung von Lizenzverträgen	611
(2) Klauselkataloge	612
(3) Rechtfertigung von Beschränkungen	612
e) Probleme der Vier-Felder-Theorie	613
3. Konsequenzen für eine Spezialvorschrift zum Kartellrecht des geistigen Eigentums	614
a) Zwei Grundannahmen	614
b) Folgerungen	615
(1) Horizontale Beschränkungen	615
(2) Vertikale Beschränkungen	615
(3) Missbrauch marktbeherrschender Stellungen	616
(4) Fusionskontrolle	616
c) Neuvorschlag	616

Ergebnis

A. Ökonomische Betrachtung: Verdeutlichung der Funktions- zusammenhänge, aber keine Vorgaben <i>more geometrico</i> für das Grundlagenproblem	619
B. Amerikanisches Recht: Metamorphosen des intellectual property antitrust	620
C. Deutsches Recht: Reformverweigerung	622
D. Europäisches Recht: Austarierung von Marktintegration, Wettbewerbschutz und Immaterialgüterrecht	623
I. Das „magische Dreieck“	623
II. Immaterialgüterrechtliche Trias	623
III. Materialisierung des Beschränkungsbegriffs durch den Markterschließungsgedanken	624
IV. Missbrauch marktbeherrschender Stellungen	625
V. Stellung des Immaterialgüterschutzes im Gemeinschaftsrecht ..	626
E. Internationales Recht: Die Notwendigkeit eines internationalen Wettbewerbsübereinkommens	627
F. Integration des Immaterialgüterschutzes in die Wettbewerbsordnung	628
Literaturverzeichnis	631
Sach- und Personenregister	679

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt (der Europäischen Gemeinschaften)
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
AER	American Economic Review
AER (P.a.P.)	American Economic Review (Papers and Proceedings)
a.F.	alter Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AIPPI	Association Internationale pour la Protection de la Propriété Industrielle
a.M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
AP	Associated Press
ASCAP	American Society of Composers, Authors and Publishers
Aufl.	Auflage
BBC	British Broadcasting Corporation
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BISD	Basic Instruments and Selected Documents („Amtsblatt“ von GATT/WTO)
Bl. f. PMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft (und Technologie)
Buschs Archiv	Buschs Archiv für Theorie und Praxis des Allgemeinen Deutschen Handels- und Wechselrechts
CDE	Cahiers de Droit Européen
cert.	certiorari
CLP	Current Legal Problems
CMLR	Common Market Law Review
CR	Computer und Recht
CRI	Computer und Recht International
DIAC	Draft International Antitrust Code
Diss.	Dissertation
DVD	Digital Versatile Disc, bzw. Digital Video Disc
EA	Europa-Archiv
ECLR	European Competition Law Review
Éd. G	Édition Générale (Semaine Juridique)

EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIPR	European Intellectual Property Review
Entsch.	Entscheidung
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union
EuG	Gericht erster Instanz
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen
EuR	Europarecht
Euratom	Vertrag zur Gründung der europäischen Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FKVO	Europäische Fusionskontrollverordnung
FS	Festschrift
F.Supp.	Federal Supplement
FT	Financial Times
FTC	Federal Trade Commission
F.2d	Federal Reporter, 2d series
GA	Generalanwalt
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GFVO	Gruppenfreistellungsverordnung
GFVO-TT	Gruppenfreistellungsverordnung Technologietransfer
GG	Grundgesetz
GPÜ	Gemeinschaftspatentübereinkommen
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
GU	Gemeinschaftsunternehmen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HDSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
ICPAC	International Competition Policy Advisory Committee
i.e.S.	im engeren Sinn
IIC	International Review of Industrial Property and Copyright Law
ILM	International Legal Materials
IP	Intellectual Property
IPR	Intellectual Property Right

i.S.	im Sinn
ITO	International Trade Organization
ITP	Independent Television Publications
i.w.S.	im weiteren Sinn
JDI	Journal du Droit International
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics
KartR	Kartell-Rundschau: Monatsschrift für Recht und Wirtschaft im Kartell- und Konzernwesen
Komm.	Kommentar
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
LUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst
Mitt	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
MLR	Modern Law Review
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NAFTA	North American Free Trade Agreement
n.F.	neuer Fassung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organisation for Economic Co-Operation and Development
PatG	Patentgesetz
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums
RBP-Set	Set of Multilaterally Agreed Equitable Principles and Rules for the Control of Restrictive Business Practices
RBÜ	Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst
RDAI/IBLJ	Revue de Droit des Affaires Internationales/International Business Law Journal
RdNr.	Randnummer
RIDA	Revue Internationale du Droit d'Auteur
RiLi	Richtlinie
RPA	Reichspatentamt
Rs.	Rechtssache
RTD com.	Revue trimestrielle de droit commercial et de droit économique
RTD eur.	Revue trimestrielle de droit européen
RTE	Radio Telefis Eireann
S.	Seite
scil.	scilicet
Sec.	Section
str.	streitig
SWIFT	Society for Worldwide International Financial Telecommunications

SZ	Süddeutsche Zeitung
SZW	Schweizer Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
TKG	Telekommunikationsgesetz
TNC-Kodex	Code of Conduct on Transnational Corporations
TOT-Kodex Technology	International Code of Conduct on the Transfer of Technology
TPM	Third Party Maintenance (Organization)
TPRM	Trade Policy Review Mechanism
TRIMs	(Agreement on) Trade-Related Investment Measures
TRIPs	(Agreement on) Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
Tz.	Textzahl
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)
U.S.	United States, oder: United States Reports – Cases Adjudged in The Supreme Court
U.S.C.	United States Code
u.U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VO 17	EG-Kartellverordnung
WIPO	World Intellectual Property Organization
WiST	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.	zum
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

A. Das Verhältnis von Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums

Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander, das sowohl durch Harmonie als auch durch Dissonanz gekennzeichnet ist. Die Geschichte dieses Verhältnisses ist durch extreme Meinungsschwankungen geprägt, die auf den Wandel in den theoretischen Grundannahmen dieser beiden relativ jungen Rechtsgebiete zurückzuführen sind. Gewerbliche Schutzrechte wurden zunächst als Monopole verstanden, die im direkten Gegensatz zum Anliegen des Kartellrechts stehen. Diese *Konfliktthese* entspricht heute nicht mehr der überwiegenden Auffassung. Schutzrechte werden nicht mehr als gesetzliche Monopole, sondern als die Bündelung positiver und negativer Handlungsmöglichkeiten zu einem absolut geschützten Eigentumsrecht verstanden. Die Aufgabe des Kartellrechts wird nicht mehr darauf beschränkt, den Bestand des Wettbewerbs im Sinne statischer Rivalität zu sichern; Kartellrecht zielt vielmehr auf die Konstituierung und Erhaltung eines Entdeckungsverfahrens, das auch auf die Hervorbringung technischer Innovationen gerichtet ist.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass größere Gemeinsamkeiten zwischen Wettbewerbs- und Immaterialgüterschutz bestehen als zunächst angenommen wurde. Daraus eine *Harmonithese* abzuleiten, ginge allerdings zu weit. Die Gemeinsamkeiten schließen Konflikte zwischen den beiden Rechtsgebieten im Einzelfall keineswegs aus. Wie jedes Recht können auch Rechte des geistigen Eigentums als Operationsbasis für wettbewerbswidrige Strategien dienen. Der Rede von der Harmonie ist deshalb der Begriff der *Komplementarität* vorzuziehen. Immaterialgüterrecht und Kartellrecht ergänzen einander. Die Konstituierung privater Eigentumsrechte ist zwingende Voraussetzung für eine Wettbewerbsordnung; gleichzeitig dient der Wettbewerb der Kontrolle dieser Rechte. Die Funktionsfähigkeit des wettbewerbsrechtlichen Kontrollmechanismus ist durch das Kartellrecht zu sichern.

Die verschiedenen Grundannahmen determinieren die Lösung konkreter Probleme. Während nach der strengen Konfliktthese, also der Annahme prinzipieller Gegensätzlichkeit von Schutz des geistigen Eigentums und Schutz des

Wettbewerbs, die Lösung von Grenzfällen in einer klaren, formal zu bestimmenden Grenzziehung gesehen wurde, ermöglicht der Komplementaritätsgedanke eine intensivere Verschränkung der beiden Rechtsgebiete.

Das Ziel dieser Arbeit besteht denn auch in der stärkeren Integration des Immaterialgüterrechts in die Wettbewerbsordnung. Der Preis, der hierfür zu bezahlen ist, ist der Verzicht auf relativ trennscharfe, aber allzu pauschale Daumenregeln nach Art der Inhaltstheorie. Die von dieser Lehre geforderte (und im deutschen Recht Gesetz gewordene) Abschirmung des Schutzrechtsinhalts vor der Anwendung von Kartellrecht ist auf der Grundlage der Komplementaritätsthese nicht erforderlich. Die Wettbewerbsförderlichkeit des Schutzrechts ist die Regel, seine wettbewerbswidrige Instrumentalisierung die besonders zu begründende Ausnahme.

Während sich das deutsche Kartellrecht auch nach der 6. GWB-Novelle aus dem Jahr 1998 von den neueren Entwicklungen unbeeindruckt zeigt und unverändert an der Inhaltstheorie festhält, sind im europäischen und internationalen Rahmen wichtige Veränderungen festzustellen. Die US-amerikanischen *Anti-trust Guidelines for the Licensing of Intellectual Property* von 1995 haben die Zielkompatibilität beider Rechtsgebiete betont, formale Grenzziehungen verabschiedet und die Einbeziehung des gesamten rechtlichen und wirtschaftlichen Umfelds gefordert. Die europäische Gruppenfreistellungsverordnung Technologietransfer von 1996 hat das europäische Kartellverbot im Interesse der positiven Wirkungen von Patentlizenz- und Know-how-Vereinbarungen weiter gelockert und eine Hinwendung zu den realen Marktverhältnissen durch die Aufnahme einer marktbezogenen Entzugsklausel zumindest angedeutet. Das Kartellrecht des geistigen Eigentums fand im TRIPs-Abkommen quasi-universelle, im NAFTA-Abkommen regionale Beachtung. Das Thema gilt allgemein als besonders wichtig und als besonders schwierig.¹ Im Informationszeitalter ist eher eine Bedeutungszunahme als ein Bedeutungsverlust zu erwarten.

B. Begriff des geistigen Eigentums

I. Ursprünge

Der Begriff des geistigen Eigentums hat eine wechselvolle Geschichte durchgemacht. Seine Wurzeln liegen im Naturrechtsdenken und in der Aufklärung. *John Locke* hatte, ausgehend vom Wert der menschlichen Arbeit, ein naturgege-

¹ S. z.B. R. Buxbaum, FS Fikentscher, 1998, S. 1: „the interplay between intellectual property and the law of competition [...], is] an issue that continues to be of absolutely primary policy significance to this day“. Langen/Bunte, KartR, 9. Aufl. 2001, Art. 81 EGV – Generelle Prinzipien Rdnr. 144: „Die Grenzen zwischen Kartellverbot und rechtmäßiger Ausübung und Verwertung gewerblicher Schutzrechte sind dabei fließend und umstritten“. L. Kaplow, The Pa-

benes Recht an den selbst geschaffenen Gütern gefordert.² Im Frankreich der frühen Revolutionsjahre wurde das Konzept vom geistigen Eigentum in zahlreichen Gesetzen verankert.³ Während sich der Begriff zunächst auf das Urheber- und Musterrecht bezog, wurde er in der Folgezeit auch auf Patente, Marken und den Schutz von Namen, Firmen oder Geschäftsbezeichnungen ausgeweitet. Das französische Vorbild hatte großen Einfluss auf die Rechtsentwicklung in Deutschland. Allerdings geriet hier der Begriff des geistigen Eigentums im Verlauf des 19. Jahrhunderts in Verruf. Aus Sicht der Zivilrechtswissenschaft erschien die Wortwahl als Ausdruck mangelnder begrifflicher Schärfe.⁴ Außerdem waren die naturrechtlichen Wurzeln der Lehre im Zeitalter des Rechtspositivismus suspekt. Als *Josef Kohler* die Lehre vom Immaterialgüterrecht entwickelte,⁵ war der Begriff des geistigen Eigentums bereits Vergangenheit.⁶

tent-Antitrust Intersection: A Reappraisal, 97 Harvard Law Review 1813, 1888 (1984): „a most difficult area“.

² *J. Locke*, An Essay Concerning the True Original, Extent and End of Civil Government (Second Treatise on Government, 1698, Kapitel V, S. 24): „Whatsoever, then, he removes out of the state that nature hath provided and left it in, he hath mixed his labour with it, and joined to it something that is his own, and thereby makes it his property. It being by him removed from the common state nature placed it in, it hath by this labour something annexed to it that excludes the common right of other men. For this labour being the unquestionable property of the labourer, no man but he can have a right to what that is once joined to, at least where there is enough, and as good left in common for others.“

³ Zur Rolle der französischen Revolution vgl. *E. Wadle*, Der Einfluß Frankreichs auf die Entwicklung gewerblicher Schutzrechte in Deutschland, 1983, S. 35, 37 ff. Der Naturrechtsbezug kommt am deutlichsten in der Präambel des französischen Patentgesetzes von 1791 zum Ausdruck: „... considérant que toute idée nouvelle, dont la manifestation ou le développement peut devenir utile à la société appartient privativement à celui qui l’a conçue, et que ce serait attaquer les droits de l’homme dans leur essence que de ne pas regarder une découverte industrielle comme la propriété de son auteur.“ (zitiert nach *E. Wadle*, ebenda, S. 39).

⁴ *E. Wadle*, Zur Wiederkehr der Formel „Geistiges Eigentum“, 1996, S. 6. Nachweise zur Kritik am Begriff des geistigen Eigentums bei *F. Machlup*, Die wirtschaftlichen Grundlagen des Patentrechts, 1962, S. 22 ff. S. auch *J. Kohler* (Urheberrecht an Schriftwerken und Verlagsrecht, 1907, S. 23): „Nun trat die begriffsbildende Lehre heran und tadelte an dem Begriff des geistigen Eigentums herum.“ *F. Seifert* (Geistiges Eigentum – ein unverzichtbarer Begriff, FS *Piper*, 1996, S. 769, 776) sieht im strikten römisch-rechtlichen Eigentumsbegriff des deutschen Zivilrechts den Grund dafür, dass der Einbau der neuen Rechtspositionen in das Zivilrechtssystem scheiterte. Vgl. hierzu auch *H.-P. Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, 1995, S. 9 ff.

⁵ Nach eigenen Angaben im Jahr 1874, s. *J. Kohler*, Das Immaterialgüterrecht und seine Gegner, Buschs Archiv 47 (1887), 169, Nachdruck in UFITA 123 (1993), 81; s. auch *ders.*, Deutsches Patentrecht, 1878, S. 1 ff.; *ders.*, Urheberrecht an Schriftwerken und Verlagsrecht, 1907, S. 1 ff. mit Diskussion alternativer Ansätze.

⁶ *F. Seifert* (oben Fn. 4), S. 774. *Kohler* erkannte der Lehre vom geistigen Eigentum immerhin das Verdienst zu, durch die Analogie zum Diebstahl das Unrechtsbewusstsein bei Verstößen gegen Autorenrechte gestärkt zu haben (*J. Kohler*, Urheberrecht an Schriftwerken und Verlagsrecht, 1907, S. 21 f.).

II. Aktualität

Diese Aussage gilt allerdings nur für Deutschland. In Frankreich und Großbritannien blieben bis zum heutigen Tag *propriété intellectuelle* und *intellectual property* die selbstverständlich verwendeten Oberbegriffe für den Schutz des geistigen Schaffens.⁷ Auch in Deutschland ist eine Renaissance des Begriffs festzustellen.⁸ Selbst der Gesetzgeber hat ihn aufgegriffen.⁹ Im internationalen Wirtschaftsrecht hat sich der Begriff durchgesetzt.¹⁰

Werden dennoch weiterhin Bedenken aufrechterhalten, so geschieht dies aus der Befürchtung heraus, dass die Gleichsetzung mit dem Sacheigentum die persönlichkeitsrechtliche Seite ausblende, und dass die Schutzrechte durch naturrechtliche Dogmatisierung in rechtspolitischer Absicht der Begrenzung entzogen würden.¹¹ Beide Befürchtungen können entkräftet werden. So wurden mit dem *droit moral* die urheberrechtlichen Persönlichkeitsrechte gerade in dem Land entwickelt, das den intensivsten Gebrauch vom Begriff des geistigen Eigentums gemacht hat.¹² Außerdem kann dem Begriff des geistigen Eigentums heute ebenso wenig wie dem Begriff des Sacheigentums eine naturrechtliche Immunisierungsstrategie vorgeworfen werden. Innerhalb der Grenzen, die durch höherrangiges Recht gezogen werden, ist der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung der Rechte des geistigen Eigentums frei.¹³ Überpositiven Perpetuierungsstrategien ist entgegenzutreten.

⁷ Der französische *Code de la Propriété Intellectuelle* (loi n° 92-597 vom 1.7.1992, Journal Officiel vom 3.7.1992, S. 8801) fasst die Regeln zum gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht zusammen (zweisprachige Textausgabe in *Dreier/Krasser*, Das französische Gesetzbuch des geistigen Eigentums, 1994). Auch die Doktrin benutzt den Begriff der *propriété intellectuelle* als Oberbegriff für *propriété industrielle* (Patent-, Muster- und Markenrecht sowie *concurrence déloyale*), Urheberrecht und Know-how-Schutz, s. z.B. *Chavanne/Burst*, *Droit de la propriété industrielle*, 4. Aufl. 1993, S. 1 Rdnr. 1. Zum Sprachgebrauch in Großbritannien s. *W. Cornish*, *Intellectual Property*, 3. Aufl. 1996, S. 3 Rdnr. 1–01.

⁸ S. z.B. *E. Wadle*, Zur Wiederkehr der Formel „Geistiges Eigentum“, 1996; *F. Seifert*, Geistiges Eigentum – ein unverzichtbarer Begriff, FS *Piper*, 1996, S. 769 ff.

⁹ S. z.B. das Gesetz zur Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums und zur Bekämpfung der Produktpiraterie vom 7.3.1990 (BGBl. I S. 422).

¹⁰ S. z.B. das Übereinkommen zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum vom 14.7.1967 (BGBl. 1970 II S. 295), oder das als Anhang 1C zum WTO-Übereinkommen verabschiedete Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums vom 15.4.1994 („TRIPs-Abkommen“, BGBl. II S. 1730, bzw. ABl. L 336/213). *A. Bogsch* (Les 25 premières années de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle, *La Propriété Industrielle* 1992, 339, 341) stellt fest, dass der Begriff des geistigen Eigentums seit den fünfziger Jahren als Oberbegriff für das gewerbliche Eigentum und das Urheberrecht benutzt wird.

¹¹ *M. Rehbinder*, *Urheberrecht*, 9. Aufl. 1996, S. 62, der den Begriff des geistigen Eigentums der „Mottenkiste der Rechtsgeschichte“ zuweist. Zweifelnd auch *Hubmann/Götting*, *Gewerblicher Rechtsschutz*, 6. Aufl. 1998, S. 80.

¹² Nachweise zu Frankreich s.o. Fn. 7.

¹³ Abzulehnen ist deshalb BGHZ 17, 266 (278): „Die Herrschaft des Urhebers über sein Werk, auf den [sic!] sich sein Anspruch auf einen gerechten Lohn für eine Verwertung seiner

III. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Sacheigentum und geistigem Eigentum

Ähnlichkeiten zum Sacheigentum führten zum Begriff des geistigen Eigentums; Unterschiede zum Sacheigentum sorgen wieder für Distanz. Die entscheidende Frage lautet, ob in den wesentlichen Aspekten eher die Gemeinsamkeiten oder die Unterschiede überwiegen.

Unterschiedlich ist der Bezugspunkt der jeweiligen Rechte: Während sich das Sacheigentum auf physische Gegenstände bezieht, räumt Immaterialgüterrecht Rechte an körperlosen Erfindungen, Werken, Marken, Namen etc. ein. Die Regelungstechnik ist dementsprechend unterschiedlich. Während § 903 S. 1 BGB dem Eigentümer einer Sache das Recht zuweist, innerhalb bestimmter Grenzen mit der Sache nach Belieben zu verfahren und andere von jeder Einwirkung auszuschließen, erfordert die Umschreibung geistigen Eigentums einen größeren Aufwand. Da der Bezugspunkt zu einem konkreten Gegenstand fehlt, müssen im Wege der Einzelaufzählung sämtliche Rechte umschrieben werden, die dem Schutzrechtsinhaber zustehen sollen. Die Grundstruktur dieser Aufzählungen entspricht allerdings § 903 S.1 BGB: Positiven Verwertungsrechten stehen negative Ausschlussrechte meist spiegelbildlich gegenüber; diese Rechte werden mit bestimmten Schranken versehen.

Ökonomisch betrachtet unterscheidet sich geistiges Eigentum durch seine Qualität als öffentliches Gut vom Sacheigentum: Ohne rechtlichen Schutz könnte niemand von der Nutzung des Schutzobjekts ausgeschlossen werden; eine Nutzung des Objekts durch eine beliebige Anzahl von Interessenten wäre möglich (sog. Nicht-Rivalität im Konsum).¹⁴ Allerdings wandelt sich geistiges Eigentum durch die Verleihung von Schutzrechten zum privaten Gut: Das Recht sorgt dafür, dass andere von der Nutzung ausgeschlossen werden können. Die Tatsache der Nicht-Rivalität im Konsum wird dadurch nicht berührt. Dies hat Auswirkungen auf die Preisbildung.¹⁵

IV. Vorzüge des Eigentumsbegriffs

In einer entscheidenden Hinsicht stimmen Sacheigentum und geistiges Eigentum überein. Dem Rechtsinhaber werden Handlungsrechte eingeräumt, die gegenüber jedermann wirken, also als absolut zu bezeichnen sind. Dass der Gegenstand des Rechts in dem einen Fall physischer, in dem anderen Fall geistiger

Leistung durch Dritte gründet, wird ihm hiernach nicht erst durch den Gesetzgeber verliehen, sondern folgt aus der Natur der Sache, nämlich aus seinem geistigen Eigentum, das durch die positive Gesetzgebung nur seine Anerkennung und Ausgestaltung findet.“ Nicht die Natur der Sache, sondern Art. 14 GG gewährleistet den Schutz des geistigen Eigentums.

¹⁴ S. hierzu näher unten S. 15 ff. Die Unterschiede werden betont von P. Drabos, A Philosophy of Intellectual Property, 1996, 212 f.

¹⁵ S. unten S. 15 ff.

Natur ist, betrifft lediglich das Objekt des Rechts, nicht aber seine Ausgestaltung und seine Funktion.¹⁶ In beiden Fällen werden Rechtspositionen zugewiesen, durch die ein Auftreten am Markt und die Entstehung von Wettbewerb erst möglich wird.¹⁷ In der Ökonomie hat die *property rights*-Lehre die Parallelität von Sach- und geistigem Eigentum veranschaulicht. Das Wesen von Eigentum besteht danach in der Vermeidung externer Effekte durch die richtige Ausgestaltung von Verfügungsrechten.¹⁸ Die ökonomischen Grundlagen des geistigen Eigentums wurden durch diesen Ansatz gefestigt und das Verständnis für seine Stellung im Wirtschaftssystem vertieft.

Auch wenn der Begriff des geistigen Eigentums die Funktionsgleichheit mit dem Sacheigentum zum Ausdruck bringt, während der Begriff des Immaterialgüterrechts mehr den Unterschied im Schutzobjekt betont, werden beide Begriffe in dieser Arbeit – schon aus sprachlichen Gründen – synonym verwendet.¹⁹ Sachliche Schlussfolgerungen können aus Begriffen ohnehin nicht gezogen werden. Die Ausführungen werden allerdings ergeben, dass Immaterialeigentum und Sacheigentum im Kartellrecht ähnlich beurteilt werden sollten. Der Begriff des geistigen Eigentums steht dem Anliegen dieser Arbeit deswegen auch inhaltlich näher.

C. Eingrenzungen

Gem. Art. 2 viii) des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum²⁰ umfasst der Begriff des geistigen Eigentums alle Rechte, „die sich aus der geistigen Tätigkeit auf gewerblichem, wissenschaftlichem, literarischem oder künstlerischem Gebiet ergeben.“ Die Vorschrift nennt beispielhaft das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte, das Erfindungsrecht

¹⁶ H. Ullrich (Wissenschaftlich-technische Kreativität zwischen privatem Eigentum, freiem Wettbewerb und staatlicher Steuerung, 1996, S. 203, 241 Fn. 55) bezeichnet dies als die „gegenstandsbedingte Unterschiedlichkeit, aber funktionale Gleichartigkeit von Sach- und Immaterialeigentum“.

¹⁷ Zur Qualität des (Privat-)Eigentums als konstituierendes Prinzip der Wettbewerbsordnung i.S. von Walter Eucken s.u. S. 24 Fn. 51.

¹⁸ S. dazu unten S. 21 ff.

¹⁹ Dies kommt in Titel und Untertitel dieser Arbeit zum Ausdruck. Die Austauschbarkeit der Begriffe zeigt sich auch daran, dass für den Titel eines Kohler-Gedenkbands der Begriff des geistigen Eigentums gewählt werden konnte, s. Adrian/Nordemann/Wandtke (Hrsg.), Josef Kohler und der Schutz des geistigen Eigentums in Europa, 1996. Zur Gleichsetzung von Immaterialgüterrecht und geistigem Eigentum s. den Beitrag von Fikentscher/Theiss in diesem Band: Josef Kohler und das Monopol (zitiert nach W. Fikentscher, Die Freiheit und ihr Paradox, 1997, S. 83–97) mit Hinweis auf die nie veröffentlichte Münchner Antrittsvorlesung Eugen Ulmers von 1955, die auf die Wiedereinführung des Begriffs des geistigen Eigentums abzielte (*ebenda*, S. 85).

²⁰ S. o. Fn. 10.

(also Patent- und Gebrauchsmusterrecht einschließlich der ergänzenden Schutzzertifikate), das Musterrecht, das Markenrecht, das Recht der Handelsnamen und Geschäftsbezeichnungen sowie den Schutz gegen unlauteren Wettbewerb. Diese Aufzählung ließe sich – zum Teil von den genannten Materien bereits umfasst – ergänzen durch den Topographie- und Typographieschutz, den Sortenschutz, das Recht der geographischen Herkunftsangaben und Ursprungsbezeichnungen sowie den Know-how-Schutz.

I. Recht des unlauteren Wettbewerbs

Eine Sonderstellung nimmt das Recht des unlauteren Wettbewerbs einschließlich des Know-how-Schutzes ein: Es verleiht keine absoluten Rechte an immateriellen Gütern, sondern schützt u.a. auch die gewerbliche Leistung durch generelle und spezielle Schutztatbestände, also durch relative Rechte. Teilweise wird das Lauterkeitsrecht sogar aus dem Begriff des geistigen Eigentums wie auch aus dem des Immaterialgüterrechts ausgeklammert.²¹ Die Probleme, die sich im Verhältnis zwischen dem Recht des unlauteren Wettbewerbs und dem Kartellrecht, bzw. den gewerblichen Schutzrechten stellen, sind besonderer Natur. Da kein direkter Bezug zu der Frage des Verhältnisses immaterialgüterrechtlicher Ausschlussrechte zum Kartellrecht besteht, erfolgt im Rahmen dieser Arbeit keine systematische Behandlung des Lauterkeitsrechts. Auf die einschlägigen Arbeiten wird verwiesen.²²

II. Einheitliche Anwendung des Kartellrechts auf das Gesamtgebiet des geistigen Eigentums?

Auch wenn man das Recht des unlauteren Wettbewerbs beiseite lässt, bildet das geistige Eigentum keine homogene Einheit. Eine Studie, die sich mit dem Kartellrecht des geistigen Eigentums auseinandersetzt, läuft Gefahr, die Unterschiede zwischen den einzelnen Schutzrechten zu verwischen. Andererseits be-

²¹ *Hubmann/Götting*, Gewerblicher Rechtsschutz, 6. Aufl. 1998, S. 1.

²² Grundlegend zu den Beziehungen zwischen Recht des unlauteren Wettbewerbs, Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums *W. Fikentscher*, Wettbewerb und gewerblicher Rechtsschutz, 1958. Im Verhältnis zwischen den Rechten des geistigen Eigentums und dem Recht des unlauteren Wettbewerbs ist an erster Stelle die Frage des ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutzes zu nennen, also die Frage, inwieweit über die existierenden Schutzrechte hinaus entgegen dem Prinzip der Nachahmungsfreiheit ein Schutz vor der Übernahme fremder Leistungen möglich ist; s. hierzu *A. Beater*, Nachahmen im Wettbewerb, 1995; *H. Köhler*, Der ergänzende Leistungsschutz: Plädoyer für eine gesetzliche Regelung, WRP 1999, 1075; *Th. Sambuc*, Der UWG-Nachahmungsschutz, 1996; *Baumbach/Hefermehl* § 1 UWG Rdnr. 439 ff. Zu den komplexen Wechselwirkungen zwischen UWG und GWB s. z.B. *Köhler/Piper*, UWG, 2. Aufl. 2001, Einf Rdnr. 46 ff.; *V. Emmerich*, Das Recht des unlauteren Wettbewerbs, 5. Aufl. 1998, S. 49 ff.; zur Vorfeldthese s. die Nachweise unten S. 174 Fn. 249.

stehen für die Zwecke des Kartellrechts auch viele Gemeinsamkeiten. Die methodisch sauberste Lösung bestünde deshalb darin, in einem allgemeinen Teil die schutzrechtsübergreifenden Aspekte des Kartellrechts des geistigen Eigentums voranzustellen, um dann in einem besonderen Teil auf die schutzrechts-spezifischen Besonderheiten einzugehen. Nach der in dieser Arbeit vertretenen Auffassung überwiegen in kartellrechtlicher Hinsicht die Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Schutzrechten deren Unterschiede. Die Entscheidung für eine Gesamtdarstellung erwies sich deshalb als vorzugswürdig; schutzrechtsspezifische Besonderheiten werden gelegentlich angemerkt. Es ist zu beachten, dass die allgemein gehaltene Analyse bisweilen nur *cum grano salis* auf einzelne Schutzrechte übertragen werden kann.

III. Lizenzkartellrecht

Der in der Praxis wichtigste Bereich, in dem Kartellrecht und Recht des geistigen Eigentums aufeinanderstoßen, ist das Recht der Lizenzverträge. Die überragende praktische Bedeutung des Lizenzkartellrechts verdeckt bisweilen die Tatsache, dass lizenzrechtliche Probleme nur einen Ausschnitt aus der Gesamtproblematik darstellen. Das Anliegen dieser Arbeit besteht in der Erarbeitung von Grundsätzen, die nicht auf das Lizenzkartellrecht beschränkt sind, sondern für alle Fragen im Grenzbereich von Kartellrecht und Immaterialgüterrecht herangezogen werden können. Eine systematische Behandlung dieser „verwickelten Materie“²³ ist nicht beabsichtigt. Lizenzrechtliche Fragestellungen werden insoweit herangezogen, als sie von Bedeutung für die Gesamtproblematik sind.

D. Gang der Darstellung

Es bestanden im wesentlichen zwei Vorgehensmöglichkeiten. Man hätte in einem Allgemeinen Teil die begrifflichen, systematischen und wirtschaftlichen Grundlagen des Kartellrechts des geistigen Eigentums legen können, um dann in einem Besonderen Teil ihre Anwendung im amerikanischen, deutschen, europäischen und internationalen Wirtschaftsrecht zu untersuchen. Der Nachteil einer solchen „pandektistischen“ Vorgehensweise hätte darin bestanden, dass die starken Einflüsse zwischen den einzelnen Rechtsordnungen hinter systematische Erwägungen zurückgetreten wären. Zudem wären zahlreiche Vorgriffe auf positiv-rechtliche Entwicklungen in den einzelnen Rechtsordnungen erforderlich gewesen, die zu Wiederholungen oder lesefeindlichen Verweisungen geführt hätten. Es wurde deshalb eine chronologische Reihenfolge gewählt, in welche die systematischen Ausführungen eingebettet werden.

²³ V. Emmerich, in I/M EG-Wettbewerbsrecht, Bd. I, S. 259 Rdnr. 249.

Anstelle eines juristischen Allgemeinen Teils erfolgt zu Beginn eine Einführung in die ökonomischen Grundlagen des geistigen Eigentums und seiner kartellrechtlichen Bezüge (1. Teil). Das Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge ist unabdingbar für eine Untersuchung des Kartellrechts des geistigen Eigentums. Die Umwälzungen auf diesem Gebiet sind ohne einen Überblick über die wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze nicht nachzuvollziehen. Ihre natürliche Fortsetzung finden die ökonomischen Ausführungen in der Darstellung des US-amerikanischen Rechts (2. Teil). Das Mutterland des Kartellrechts hatte sich nicht nur als erstes mit Fragen des *intellectual property antitrust* auseinander zu setzen. Das *case law*-System ermöglicht auch die zeitnahe Transformation neuer ökonomischer Ansätze in geltendes Recht, so dass hier die verschiedenen Phasen des Kartellrechts des geistigen Eigentums besonders plastisch werden. Im scharfen Kontrast hierzu stehen die Ausführungen zum „grünen Kartellrecht“ in Deutschland (3. Teil).²⁴ Während entgegen mancher Vorurteile das deutsche Kartellrecht seine Inspiration nicht nur dem US-amerikanischen Vorbild, sondern starken eigenen Traditionen verdankt, ist im speziellen Bereich des geistigen Eigentums eine starke Anlehnung an das US-amerikanische Recht der vierziger und fünfziger Jahre festzustellen. Anpassungen an spätere Entwicklungen erfolgten im deutschen Recht nur spärlich. Im Gegensatz hierzu steht die Entwicklung des europäischen Gemeinschaftsrechts (4. Teil). Ausgehend vom deutschen Modell zwang das Ziel der Marktintegration zur Entwicklung eigenständiger Ansätze. Die Darstellung bezieht neben dem europäischen Kartellrecht auch die Grundfreiheiten und die Rechtsharmonisierung ein, da enge Bezüge zum Kartellrecht bestehen. Die Ausführungen zum internationalen Wirtschaftsrecht (5. Teil) machen schließlich den hohen Stellenwert deutlich, den das Kartellrecht des geistigen Eigentums weltweit einnimmt.

²⁴ In Deutschland wird das Kartellrecht des geistigen Eigentums in Anspielung auf die Farbe der Zeitschriften GRUR und GRUR Int. auch als „grünes Kartellrecht“, die Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V. auch als „grüner Verein“ bezeichnet, s. z.B. F.-K. Beier, Mißbrauch einer beherrschenden Stellung durch Ausübung gewerblicher Schutzrechte?, FS Quack, 1991, S. 15.

Sach- und Personenregister

- abgeleitete Nutzungen 18
- abgeleiteter Markt 79 ff., 544 ff.
- abgestimmte Hinterlegung von Mustern 273 f., 317 f.
- abhängige Patente 180, 589 f.
- „Abrundungsklausel“ (Art.308 EGV) 214 ff.
- Abschlussfreiheit, s. Vertragsfreiheit und Lizenzierungsfreiheit
- „*absolute freedom*“ (des Patentinhabers) 42, 99, 114, 310
- absolute Rechte 21
- aftermarket*, s. abgeleiteter Markt
- Agrarpolitik 212
- aktiver Verkauf (Gebietsschutz) 297
- Alleinbezugsvereinbarung, s. Ausschließlichkeitsbindungen
- Alleinlizenz 308
- Alleinvertriebsvereinbarung, s. Ausschließlichkeitsbindungen
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) 558
- alliiertes Dekartellierungsrecht, s. Dekartellierungsrecht
- amerikanisches Recht, s. US-amerikanisches Recht
- ancillary restraints doctrine* 58, 405, 414, 416, 422
- Anmaßung von Wissen 364, 509
- Anmeldung beschränkender Vereinbarungen 341 ff.
- Anmeldeobliegenheit 341 ff.
- Anspornungstheorie 12, 23, 38, 126
- Antidumping 595 f.
- Antitrust Guidelines for the Licensing of Intellectual Property* 2, 56, 61 ff., 84, 121, 148, 369, 621
- Anwendungssicherheit, s. Rechtssicherheit
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 282
- Arbeitsgemeinschaftsgedanke 366
- Areeda-Turner test* 116
- asymmetrische Information 78
- Atlantik Charta (1941) 558
- Ausbeutungsmissbrauch 462 ff.
- ausschließliche Lizenzen, s. Ausschließlichkeitsbindungen
- Ausschließlichkeitsbindungen 28, 39, 49, 65, 70, 111, 142, 145, 155 f., 308 ff., 393 ff., 398 ff., 410 f., 567
- Außenwirkung (einer beschränkenden Vereinbarung) 352 ff.
- Badewannenfall, s. „*bath-tub*“-Entscheidung
- Bagatellbekanntmachung (Eur. Kommission) 369 ff., 375
- „*bath-tub*“-Entscheidung (U.S. Supreme Court) 42 f.
- Bedarfsmarktkonzept 433
- Behinderungsmisbrauch 471 ff.
- Behinderungsverbot 174 f.
- Behinderungswettbewerb 88
- Behördenkooperation 569, 592 f., 595, 598 ff., 621
- Belohnungstheorie 12, 23, 38, 126, 243, 247 f., 265 f.
- Bement*-Entscheidung (U.S. Supreme Court) 41 f., 46, 83, 147
- Bestand und Ausübung (von Immaterialgüterrechten) 163 f., 192 f., 195 ff., 238 f., 241, 271, 281, 291 ff., 337, 457 f., 485 f., 491 ff.
- bewegliches System 407, 417, 420, 446
- Binnenmarkt 206, 208 ff., 409
- blockierende Schutzrechte 71
- Böhm, Franz 128, 134, 359
- Boeing-McDonnell Douglas*-Fusion 524 f.
- bottleneck*, s. *essential facilities*-Doktrin
- Boycott 66 f., 69, 73, 129 f.
- browser* 110 ff.
- Büchernachdruck, Unrechtmäßigkeit des 124 f.
- Bündeltheorie 371, 374 ff.
- Bush, George 84
- Bußgeldimmunität 341 f.

- Calvo*-Doktrin 566
 Cassis-Formel 223 f., 226, 236, 277, 286
 Chicago School (of Antitrust Analysis) 56 ff., 74 f., 76 ff., 119, 121, 148, 571, 621
Clayton Act 38
clean hands 47 f.
 Clinton, William (Bill) 84
 Code of Conduct 563
 Code of Conduct on Transnational Corporations (TNC-Code) 563
Coditel I-Entscheidung (EuGH) 278 ff.
Coditel II-Entscheidung (EuGH) 398 ff., 418, 465
 Coke, Edward 35
common law 31, 39, 489
competition approach 566 f., 587, 591
competition on the merits, s. Leistungswettbewerb
 Computerprogramm-Richtlinie 270, 518, 529, 552, 555
Continental Can-Doktrin 447
copyright misuse 49 ff.
cross-licensing, s. Überkreuzlizenzen

 Dasonville-Formel 218, 221, 226, 228, 286
 Datenbankschutz 489, 518 f.
de facto-Standards 104 ff., 108 ff., 119 f., 121, 515, 517, 519 ff.
 – Verhältnis zum *leveraging* 106
 – Verhältnis zur *essential facilities*-Doktrin 106, 520 f.
 Dekartellierungsrecht 120, 131, 132 f., 136 f., 145, 148, 187, 559, 622
 Dekompilierung 48, 515 ff., 529, 552
de minimis-Bekanntmachung, s. Bagatellbekanntmachung
de minimis-Regel 354, 368
 Demsetz, Harold 21
 Design-Schutz, s. Geschmacksmuster
 deutsches Recht, 123 ff., 622
development test 566 f., 587, 591
 Dienstleistungsfreiheit 213, 218, 277 ff.
 – Abgrenzung von Warenverkehrsfreiheit 281 f.
 – Dreistufentest 277
 – und Erschöpfung 278 ff.
 – und Immaterialgüterrecht 278
 Diskriminierungsverbot
 – deutsches Kartellrecht 174 f.
 – allgemeines D. im Gemeinschaftsrecht 218, 282 ff.
distinguishing 59, 70
 Doppelschutz 199 f.

Draft International Antitrust Code (DIAC) V, 55, 83, 604 ff.
 – Neuvorschlag von Art.6 DIAC 614 ff.
 Dreieck, magisches 623
 Drei-Felder-Theorie 55, 73, 120, 610 ff., 628
droit moral, s. Persönlichkeitsrecht
 dynamische Analyse 15, 25 f., 30, 77, 79, 364, 436, 620

 EAG-Vertrag, s. Euratom
economies of scale 110
 Effizienz 21, 25, 57, 67, 77 ff., 83, 91 f., 446
 EFTA 268, 288
 EFTA-Gerichtshof 269, 271
 EG-Vertrag
 – Eigentumsordnung 191 ff.
 – Vorschriften mit Bedeutung für das Immaterialgüterrecht 190 ff.
 EGKS-Vertrag, s. Montanunion
 eigener Standpunkt 330 ff., 403 ff., 425 ff.
 Eigentum
 – Begriff 150 ff., 493 f.
 – gewerbliches und kommerzielles E. 232 ff.
 Eigentumsordnung des EG-Vertrag 191 ff.
 Eigentumstheorie 12, 126
 Einheit der Rechtsordnung 320, 331
 Einheitliche Europäische Akte 206
 einheitliche europäische Schutzrechte, s. gemeinschaftsrechtliche Schutzrechte
 „Eintrittsgelder“ 111
 englisches Recht 33 ff.
 Entflechtung 114 f., 132
 Entwicklungsländer 562 ff., 581 f., 584, 627
equity 46 f., 51, 54, 56
 Erfinderprivilegien, s. Privilegienwesen
 Ergebnis 619 ff.
 Erhard, Ludwig 557
 Ersatzteile 79 ff., 323, 443, 465, 471 ff., 530 ff., 555
 Erschöpfung 143, 198, 203, 243, 250 ff., 271 f., 378, 396, 398
 – bei Freihandelsabkommen 269
 – DIAC 616
 – EWR-weite 268 ff., 579
 – Freiwilligkeit der Zustimmung 252 ff., 499 ff.
 – gemeinschaftlicher Schutzrechte 287
 – gemeinschaftsweite 251 ff.
 – in EFTA-Staaten 269
 – internationale 270 f., 576 ff.
 – nur bei Ausnutzung eines parallelen Schutzrechts? 261 ff.

- RBP-Set 564 f.
- Reichweite 255 ff.
- TRIPs-Abkommen 575 ff., 585
- und Dienstleistungsfreiheit 278 ff.
- Zustimmung zum Inverkehrbringen 252 ff.
- Zwangslizenzen 499 ff.
- „erste Seite“ 111 f., 117
- essential facilities*-Doktrin 72, 85, 93 ff., 102, 121, 167
- Anwendung auf Immaterialgüterrechte 98 ff., 170 ff., 510 ff.
- Anwendungsvoraussetzungen im europäischen Recht 101, 507 ff.
- Anwendungsvoraussetzungen im US-amerikanischen Recht 96, 101
- deutsches Recht 167, 170 f., 507
- europäisches Recht 502 ff., 526
- US-amerikanisches Recht 93 ff., 621
- Verhältnis zum *leveraging* 104
- Eucken, Walter 134, 167, 320
- Euratom 189
- Europäischer Wirtschaftsraum, s. EWR
- Europäisches Patentübereinkommen (EPÜ) 214
- europäisches Recht 189 ff., 623 ff.
- EUV 203
- EWR 268 ff.
- exclusionary conduct* 87, 98, 102 ff.
- Externalitäten 6, 21 f.
- externe Effekte, s. Externalitäten

- Fallibilismus 82
- Federal Trade Commission Act* 38
- field of use*-Beschränkungen 65, 143, 415, 612
- first sale*-Doktrin 252
- Flaschenhals, s. *essential facilities*-Doktrin
- Folgetheorie 158, 339
- Folgeverträge 339 f.
- formale Wettbewerbsbeschränkung, s. Wettbewerbsbeschränkung
- Forschung und Entwicklung 66, 343
- Kooperation 27, 66, 135, 358, 567
- Franchising 59
- free for all* (in der Ersatzteilfrage) 541
- free rider*, s. Trittbrettfahrer
- freeze plus* (in der Ersatzteilfrage) 542 f., 552 f.
- Freiburger Schule 134, 622
- Freistellung (vom Kartellverbot) 334 f., 362 ff., 423 f., 430 ff.
- Einzelfreistellung 335, 341 f.
- Gruppenfreistellung 335
- functionality test* 245 ff., 324
- Funktionalisierung, s. Instrumentalismus
- Funktion der Immaterialgüterrechte, s. Schutzrechtsfunktionen
- Funktion des Kartellrechts 288 f.
- Fusionskontrolle 39, 68 f., 175 f., 447, 476, 522 ff., 616

- Galilei, Galileo 34
- GATS 595, 601
- GATT 217, 236, 560, 572 ff., 597 ff.
- *non violation*-Tatbestand 598
- s. auch WTO
- Gebietsschutz 370
- absoluter 368, 372, 386, 394 ff., 423 f.
- relativer 308
- s. auch territoriale Beschränkungen
- Gegenmacht-Argument 415
- Gegenstandstheorie 131, 158
- geistiges Eigentum
- Begriff 2 ff.
- Definition 6 f.
- s. auch Sacheigentum
- gemeinsame Handelspolitik 211
- gemeinsame Nutzung 5, 16 f.
- „gemeinsamer Zweck“ 157 f.
- Gemeinsamer Markt 206
- Gemeinschaftsgebrauchsmuster 215
- Gemeinschaftsgeschmacksmuster 215, 531 ff.
- Gemeinschaftsmarke 199, 215, 284, 293 f.
- Gemeinschaftspatent 215 f., 294
- gemeinschaftsrechtlicher Sortenschutz 199, 215, 284, 294
- gemeinschaftsrechtliche Schutzrechte 199, 203, 214 ff., 293 f.
- und Grundfreiheiten 284 ff.
- Gemeinschaftsunternehmen 367
- Genossenschaft 415 ff.
- geographische Angaben 580
- Geschäftsgeheimnisse, s. Know-how-Schutz
- Geschmacksmuster 317 f., 323, 443, 465, 471 ff., 530 ff., 555
- Europäische Geschmacksmuster-Richtlinie 531 ff.
- s. auch Gemeinschaftsgeschmacksmuster
- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB von 1957) 133 ff., 138 f.
- gesetzliches Monopol 38, 43, 56, 61, 64, 86, 120, 137 f., 299, 442
- Gewerbeerlaubnis 33 f.

- Gewerbefreiheit 34, 124
 Gewinnbegrenzung, Konzept der 464 ff.
 Glaubenskrieg (zwischen Immaterialgüter- und Kartellrecht) 628
 Globalisierung 119, 627
grant back, s. Rückgewährklauseln
 „graue Liste“ (GFVO Technologietransfer) 297, 301, 307, 469, 583
grey-area measures 596
 Größenvorteile, s. *economies of scale*
 Gründerkrach 128
 Grundfreiheiten 217 ff., 290 f.
 – Bindung der Gemeinschaft 284 ff.
 – unmittelbare Drittwirkung 220, 275
 – Verhältnis zu Kartellrecht 288 f., 321, 322 ff., 396 f., 409, 487 f., 597
 Grundlagenforschung 18
 Gruppenfreistellungsverordnung Technologietransfer 2, 154, 295 ff., 313, 316, 358, 372 ff., 470, 626
 Gruppenfreistellungsverordnung Vertikalvereinbarungen 65, 296, 302
 Gütezeichen 163
 Gütezeichengemeinschaft 163
Guidelines, s. *Antitrust Guidelines*

Hag II-Entscheidung (EuGH) 196, 245, 248
 Halbleiter-Topographie-Richtlinie 206 f.
 Handelshemmnis 217
Handgards-Fälle, s. unberechtigte Schutzrechtsverwarnung
hard core-Kartelle 569 f., 615
 Hardenbergsche Edikte (1810, 1811) 123
 Harmonie, zwischen geistigem Eigentum und Kartellrecht 1 f., 25 ff., 30, 57, 61, 620
 Harmonisierung, gemeinschaftsrechtliche auf dem Gebiet des Immaterialgüterrechts 200 f., 205 ff., 208 ff., 626
 – Rechtsgrundlagen 205 ff.
 Harvard School 76 f.
 Havanna-Charta (1948) 132 f., 558 ff., 600, 604, 622, 627
 Hebelwirkung, s. *leveraging*
 herrschende Patente, s. abhängige Patente
 historische Schule der Nationalökonomie 128
 Hobbes, Thomas 14
 horizontale Wettbewerbsbeschränkungen 29
 – deutsches Recht 156 ff.
 – europäisches Recht 334 ff., 373
 – DIAC 606, 615
 – US-amerikanisches Recht 65, 69
 Husserl, Edmund 82

IBM-Verfahren
 – in den USA 106 f.
 – in Europa 475, 517
 I.G. Farben 135
 Immanenztheorie 58, 330, 392, 399
 – deutsches Kartellrecht 165 f., 331, 405
 – europäisches Kartellrecht 404, 409 f., 411 ff.
 – und Immaterialgüterrecht 419 ff.
 – und Inhaltstheorie 419 f.
 – und Markterschließungsdoktrin 417 ff.
 immaterialgüterrechtliche Trias, s. Trias
 Immunität, bzw. Immunisierung (von Immaterialgüterrechten) 4, 42, 46, 58, 63, 75, 82, 114, 148 f., 325, 397, 412, 420, 455, 482, 494, 621
implied licence-Theorie 252
 Indigo-Konvention (1880) 135
 Industrieländer 562, 566, 582, 627
 Informationsasymmetrie, s. asymmetrische Information
 Informationstechnik 84, 621
infringement test 132, 145
 Inhaltstheorie V, 2, 42 ff., 56 f., 120, 123, 131, 133, 135, 136 f., 138 f., 142 f., 145–153, 155 f., 162 ff., 173, 185, 187 f., 292 f., 346, 357, 402, 419 f., 455, 494, 561, 609, 610 ff., 622, 626, 628
inherency doctrine 43 f., 120, 132 f., 135, 147 f., 187, 561, 609, 621 f.
injury doctrine 47
 Inländerbehandlung (WTO) 573, 575
INNO/ATAB-Entscheidung (EuGH) 220
 Innovationsförderung 27 f., 34, 75, 187, 426, 539
 Innovationsmarkt 65 f.
 Institutionenökonomik, s. neue Institutionenökonomik
 Instrumentalisierung (von Eigentum, bzw. Privatrecht) 24, 52 f.
Intel 108, 117 ff., 470
interbrand-Wettbewerb 57, 59, 61, 265, 311, 368, 386, 390
interface, s. Schnittstelle
 Internalisierung von Externalitäten 21
 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966) 558
 Internationales Kartellrecht 119, 558 ff., 593 f., 601 ff., 621, 627
 Internationales Recht 557 ff., 627

- International Salt*-Entscheidung
 (U.S. Supreme Court) 44, 72, 133
 International Trade Organization (ITO)
 559 ff.
 Internet 112
Internet Service Provider 111 f.
intra-brand-Wettbewerb 29, 57, 368, 390
inustum pretium 463
- Java* 112
 Jefferson, Thomas 38
- Kampfpfeis 116
 Kapitalverkehrsfreiheit 282
 Kartellrecht
 – und Grundfreiheiten 274, 321, 322 ff.,
 380 f.
 – Regelungstechniken in Bezug auf Imma-
 terialgüterrecht 582 f.
 Kartellverbot
 – deutsches Recht 156 ff.
 – europäisches Recht 334 ff.
 Kartellverordnung, deutsche (1923) 129 ff.,
 135 f.
 Kartellverordnung, europäische 335, 339,
 341 ff., 430
Keck-Entscheidung (EuGH) 218 f., 224 f.,
 226, 380
 Kempe, Johann 33
 Kfz-Karosserieteile, s. Ersatzteile
 kleine und mittlere Unternehmen 370
Know how-Schutz 7, 19
Kodak-Entscheidung (U.S. Supreme Court)
 79 ff., 121
 Kohler, Josef 3, 36, 126 f.
 Kollektivmarke 162 ff.
 Kompatibilitätsklausel 584, 586 f., 592
 Kompetenzvorbehalt 202
 Komplementarität, zwischen geistigem
 Eigentum und Kartellrecht 1 f., 25 ff., 30,
 120, 620, 626
 Konditionenmissbrauch 468 f.
 Konflikt, zwischen geistigem Eigentum und
 Kartellrecht 1 f., 25 ff., 30, 56, 120, 152,
 619
 Konfliktvermeidung 28
 Kongo-Ring (1885) 135
 Konkordanz 363 f.
 – praktische 331, 377
 Kontrahierungszwang 85 ff., 97, 121, 130,
 171 f., 494, 507, 554 f., 621, 626
 – s. auch Lieferzwang, Lizenzierungs-
 zwang
- Kontrollratsgesetze 132
 konzerninterne Vereinbarungen 367
 Kooperationsleitlinien, s. Leitlinien über
 horizontale Zusammenarbeit
 Kopplungsvereinbarungen 28, 39, 44, 48 f.,
 70, 79 f., 89, 111, 145, 147, 475, 477 f., 567,
 591 f.
 Kosten/Nutzen-Kalkül 17 f., 19 f., 21, 22 f.,
 29, 620
 Kreuz-Preis-Elastizität 433
 künstliche Marktabschottung 275 f.
 KUG (Kunsturheberrechtsgesetz von 1907)
 125
 Kundenaufteilung 69, 373
 kurzfristige Analyse, s. statische Analyse
- „Land der Kartelle“ 128, 135
 „Land der Patentgemeinschaften“ 135
 langfristige Analyse, s. dynamische Analyse
 „laundry list“ (=Regelbeispiele) 41
 Lauterkeitsrecht, s. unlauterer Wettbewerb
Law & Economics, s. ökonomische Analyse
legal monopoly, s. gesetzliches Monopol
 „Lego“-Ausnahme 541
 Lehre vom spezifischen Gegenstand,
 s. spezifischer Gegenstand
 Leistungswettbewerb 88, 116 f., 168, 359,
 409, 446
 Leitbilder (der Wettbewerbspolitik),
 s. Wettbewerbstheorie und –politik
 Leitlinien über horizontale Zusammen-
 arbeit (Eur. Kommission) 357 f.
leveraging 85, 102 ff., 109, 118, 121, 621
 – Anwendung auf Immaterialgüterrechte
 104
 Lieferverweigerung 90 f., 446, 464, 546
 Lieferzwang 169, 495 ff.
 Lincoln, Abraham 38
Line Material-Entscheidung (U.S. Supreme
 Court) 44 f.
litterae patentes 33
 Lizenz, ausschließliche, s. Ausschließlich-
 keitsbindungen
 Lizenzgeberbeschränkungen 141 f., 344 ff.
 Lizenzgebühr 312 ff.
 Lizenzierungsfreiheit 86, 89 f., 471 ff.
 – s. auch Lizenzverweigerung
 Lizenzierungszwang 169 ff., 479 ff., 495 ff.
 Lizenzkartellrecht 8
 – deutsches 128, 139 ff., 622
 – DIAC 611 ff.
 – europäisches 154, 295 ff., 341
 – internationales 566 f., 590 ff.

- US-amerikanisches 28 ff., 45 f., 57, 64 f., 66 ff.
- Lizenznehmerbeschränkungen 141 f.
- Lizenzvermerk 315
- Lizenzvertrag
 - dingliche und obligatorische Beschränkungen 128 f.
 - Dogmatik 128 f., 133
- Lizenzverweigerung 91 ff., 131, 147, 168 ff., 243, 479, 521 f.
- Locke, John 2 f., 126
- lock in* 80
- LUG (Literatururheberrechtsgesetz von 1901) 125

- Machlup, Fritz 12 f.
- Madison, James 38
- Magill*-Entscheidung (Eur. Kommission, EuG, EuGH) 170, 444 f., 460 f., 479 ff., 504, 527, 530, 555, 626
- Maissantgut*-Entscheidung (EuGH) 308 ff., 316, 345, 393 ff., 418
- Markenabgrenzungsvereinbarungen 311 f.
- Markenfunktionen 18 f., 164, 245
- Markenrecht 248 f., 273, 580
- Markenrechtsrichtlinie 210, 259 f.
- Markensatzung 162
- Marktabgrenzung, s. relevanter Markt
- Marktaufteilung 66, 69, 73, 311, 316 f., 370
- marktbeherrschende Stellung 432 ff.
 - durch mehrere Unternehmen 438 ff., 481 f.
 - durch Schutzrechte 28, 64, 86, 120, 152, 167 f., 175 f., 441 ff., 456, 554
 - und Missbrauch 447 ff.
- Markterschließungsdoktrin 368, 386, 387 ff., 389, 422
 - im engeren Sinn 402 f., 426 ff., 624
 - im weiteren Sinn 401 f.
 - methodische Begründung 408 ff.
 - und *ancillary restraints*-Doktrin 416
 - und Immanenztheorie 413, 416, 417 ff.
 - und *rule of reason* 407
- Marktmacht 78, 89 ff., 437 f.
- Marktschwellen 298 ff.
- Marktunvollkommenheiten 77
- Marktversagen 17, 25, 77
- Marktzutrittschranken 70, 77, 168, 176, 436
- Materialisierung, materielle Wettbewerbsbeschränkung, s. Wettbewerbsbeschränkung
- Mehrebenenansatz 14 f., 620
- Meistbegünstigungsgrundsatz (WTO) 573, 575
- Mengenbeschränkungen 66, 298, 373, 567
- Merck/Primecrown*-Entscheidung (EuGH) 254 f., 258, 263 f., 267
- Merck/Stephar*-Entscheidung (EuGH) 247, 261 ff., 552
- Merkantilismus 34
- Methylenblau-Konvention 135
- Microsoft* 84, 108 ff., 270 f., 466
 - *Microsoft*-Lizenz-Verfahren 109, 475
 - *Microsoft*-Browser-Verfahren 100, 110 ff., 475 f.
- Missbrauch
 - durch oder von Rechten des geistigen Eigentums 26, 453 ff., 527 ff., 554, 583 ff., 609
 - marktbeherrschender Stellungen im deutschen Recht 167 ff.
 - marktbeherrschender Stellungen im DIAC 607, 616
 - marktbeherrschender Stellungen im europäischen Recht 428 ff., 445 ff., 586
 - mit dem Missbrauch 512, 584
 - nur bei „außergewöhnlichen“ oder „besonderen“ Umständen 457 f., 460 f., 472 ff., 479 ff., 504, 514
 - zu Lasten von Schutzrechtsinhabern 469 ff., 554
- Missbrauchsprinzip 130, 145, 173, 427 f., 454
- misuse defense* 47 f.
- mittelfristige Analyse, s. dynamische Analyse
- Modernisierung des europäischen Kartellrechts 335, 426 f.
- Monopolausdehnung 101, 102
 - s. auch *Télémarketing*-Doktrin
- Monopole, staatliche 336, 595
- Monopolisierung 86 ff., 102 f.
- monopoly leveraging*, s. *leveraging*
- Montanunion 177, 335, 432, 445
- Multimedia, s. Informationstechnologie
- Munich Code*, s. *Draft International Antitrust Code*
- Musterrecht, s. Geschmacksmuster
- must fit*-, *must match*-Teile, s. Ersatzteile

- NAFTA 2, 288
- Nassauskiesungsbeschluss (BVerfG) 151
- Naturrecht 2 f., 4, 38
- Nebenabreden 405, 409, 415
- network effect*, s. Netzwerkfaktor

- Netzwerkfaktor 110
 Neue Institutionenökonomik 21, 76, 628
 neue Technologien, s. Informationstechnologie
 Neue Weltwirtschaftsordnung 562, 565
 Nichtangriffsklauseln 144, 220, 297, 307,
 312, 347, 352 f., 417, 470, 567, 591 f., 612
 Nichtausschließbarkeit 5, 16, 22
 Nicht-Rivalität im Konsum, s. gemeinsame
 Nutzung
 Niederlassungsfreiheit 213
 „Nine No-No's“ 40, 45 f., 49, 57, 60, 62, 74,
 83, 89
 Noerr-Pennington-Doktrin 63
non liquet des Patentschutzes 12
 Normierung 85, 104 ff., 121, 358, 470, 515,
 519 f., 621
 Normtheorie 150 ff.
- OECD 569, 600, 604
 OECD-Leitsätze für multinationale Unter-
 nehmen 569 ff.
 öffentliches Gut 5, 16, 25
 öffentliches Interesse (an Erteilung einer
 Zwangslizenz) 182 ff.
 ökonomische Analyse (des Rechts) 15 ff.,
 620
 ökonomische Grundlagen 11 ff., 619 f.
 ökonomische Theorie des Rechts, s. ökonomische
 Analyse
 Offenbarungstheorie 12, 126
 „One-Stop-Shop“-Prinzip (eur. Fusions-
 kontrolle) 176
 Ordoliberalismus 134, 622
 Oualid, William 558 f.
overprotection 217
overruling 59, 70
- Paketlizenzen, s. Kopplungsvereinbarungen
 Parallelerfindung 17, 19
 Parallelimport 254 f., 260, 264, 270 f., 337,
 373, 394 ff., 466, 577
 Parallelität von Sach- und geistigem Eigen-
 tum, s. Sacheigentum
 Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ) 125,
 183, 233, 236, 557, 627
Parte Veneziana (1474) 34
 passiver Verkauf (Gebietsschutz) 297, 301 f.
 Patentdebatte 12, 125 f., 127
 Patentgemeinschaft, s. Schutzrechtsgemein-
 schaft
patent misuse 46 ff., 86, 120, 456, 586 f.,
 621
- Patentpool, s. Schutzrechtsgemeinschaft
 Patentrechtstheorien 12, 30, 126
 Patentstrategie, s. Schutzrechtsstrategie
 Patentwettbewerb 17 f.
per processor licenses 109
per se-Verbot 29, 39 f., 46, 58 ff., 66 f., 69 ff.,
 384, 423 f.
 Persönlichkeitsrecht, urheberrechtliches 4,
 243
 Phänomenologie 82
Phil Collins-Entscheidung (EuGH) 193,
 243, 283
 Pilatusthese, s. Machlup
 Planwirtschaft 36
Polyferon-Entscheidung (BGH) 181 ff.
pooling, s. Schutzrechtsgemeinschaft
 Popper, Karl 82
 Positivismus 3 f.
 Post-Chicago (Economics) 76 ff., 119, 121,
 148, 621
predatory pricing, s. Kampfpreis
 Preisabsprachen 41, 60, 66, 69, 73, 368, 370,
 373, 424
 Preismissbrauch 463 ff., 473 f.
 Preisunterbietung 379 f., 462, 477 f.
 Preußische Immaterialgütergesetz 124 f.
 Privilegienwesen 33 ff., 124
 Produktankündigung 109, 518
 Produktionsbeschränkung 69
 Produktmarkt 65 f.
 Produktpiraterie-Verordnung 211
property rights-Lehre 6, 21 ff., 620
proprietaryism 24
 Prozessvergleich 311 f.
public choice-Theorie 76
- Quersubventionierung 116
- R & D, research and development*, s. For-
 schung und Entwicklung
raising rivals' costs 65
 RBP-Set 561 ff., 582, 593, 627
 Reagan, Ronald 84
 „Rechte und Verhältnisse“ 14
 Rechtsangleichung, s. Harmonisierung
 Rechtssicherheit 74, 82 f., 121, 404, 621
 Regelbeispiele (im Kartellrecht) 351, 446 f.
 Reimport, s. Parallelimport
 „rein kartellrechtlicher Ansatz“ 328 ff., 403,
 454
 relative Rechte 21
 relevanter Markt 28, 65 f., 433 ff.
Renault-Entscheidung (EuGH) 244, 323,

- 457 f., 465, 467, 471 ff., 495 f., 530 f., 547, 549
- Reparatur-Klausel 472, 533 ff.
- Restrictive Business Practices Code, s. RBP-Set
- reverse engineering*, s. Dekompilierung
- Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ) 557
- Richtlinie über irreführende Werbung 207
- Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft 230, 279, 280
- ring fencing* 176
- Rückgewährklauseln 72, 144, 373, 567, 591 f., 612
- rule of reason* 29 f., 39 f., 46, 58 ff., 67, 69 ff., 84, 88, 90, 92, 360 f., 382 ff., 417, 426, 606, 609, 621, 624
- Sacheigentum
- Parallele zum geistigen Eigentum 4 f., 23 f., 63 f., 75, 99, 149, 156, 265 f., 442 f., 494 f., 511, 528 f., 613, 620, 628
 - Unterschiede zum geistigen Eigentum 17, 151 f.
- „Sächsische Holzstoff-Fabrikanten“ (Reichsgericht) 127, 128
- safe harbor*, s. *safety zone*
- safety zone* 68 f., 75, 84, 369
- „Schattendasein“ des deutschen Kartellrechts des geistigen Eigentums 178
- Schiedsvertrag 311 f.
- Schnittstelleninformationen, 106 f., 118 f., 514 ff., 555
- als wesentliche Einrichtung 516 f.
- Schnittstelle zwischen geistigem Eigentum und Kartellrecht 11, 24 f.
- Schopenhauer, Arthur 126 f.
- Schutzklauseln 201
- Schutzmaßnahmen 596 f.
- Schutzrechte des Gemeinschaftsrechts, s. gemeinschaftsrechtliche Schutzrechte
- Schutzrechtserwerb 393
- Schutzrechtserwerb 530 f.
- als Zusammenschlusstatbestand 175, 523
- Schutzrechtsfunktionen
- als Einschränkung von Kartellrecht 164, 326
 - *functionality test* 245 ff.
- Schutzrechtsgemeinschaft 41, 70 ff., 128, 136, 160, 332, 609
- Anspruch auf Aufnahme 71 f.
- Schutzrechtsstrategie 148, 176
- Schutzrechtsübertragung 315 ff.
- Schutzrechtsverletzung 71
- „schwarze Liste“ 297, 301, 372 f., 424, 469, 566 f., 583
- Selbständigkeitspostulat 351 f., 356 f.
- Separate Spheres*, s. Zwei-Sphären-Ansatz
- Sherman, John 37
- Sherman Act* 38, 41, 128
- shield of patent* 43
- Smith, Adam 36 f., 124 f.
- Software
- plattformunabhängige 112
- Sortenschutz 308, 318, 375 f., 393 ff.
- Soziale Marktwirtschaft 134
- Spaak-Bericht 288
- Spezialitätsprinzip (beschränkende Klauseln) 424
- spezifischer Gegenstand V, 227, 232, 246, 271, 281, 287 f., 329 ff., 403
- des Geschmacksmusterrechts 244
 - des Markenrechts 245
 - des Patentrechts 242 f.
 - des Urheberrechts 243 f., 485 ff.
 - Handhabung durch den Gerichtshof 305 ff., 328, 332 f., 625
 - und Grundfreiheiten 239 ff., 321 f., 381, 487 f.
 - und Kartellrecht 294 ff., 319 ff., 346 f., 381 f., 425, 487 f., 491 ff.
 - und Markterschließungsdoktrin 402
 - und Missbrauchsverbot 454 f., 459 ff., 553
- Spieltheorie 76
- Spürbarkeit (einer Wettbewerbsbeschränkung) 159, 354, 356, 358, 368 ff., 388
- Standardisierung, s. Normierung
- stare decisis* 59
- State Oil v. Khan*-Entscheidung (U.S. Supreme Court) 59, 60 f., 81 f.
- statische Analyse 15, 25 f., 27, 30, 77, 79, 364, 436, 620
- Statute of Monopolies* (1624) 34 ff., 124
- Sternverträge 374
- Stoffpatent 181
- Strukturmissbrauch 101, 447 ff., 505 f., 522 ff.
- Subsidiaritätsprinzip 198 f.
- Sylvania*-Entscheidung (U.S. Supreme Court) 59
- Technologiemarkt 65 f.
- Technologietransfer-Kodex (UN), s. TOT-Kodex

- Teemonopol 37
 Telefunken-Entscheidungen (Kartellgericht) 130 f.
 Télémarketing-Doktrin 101, 103, 448, 450 ff., 504, 505 f., 526
 teleologische Auslegung und Reduktion 165, 408, 410, 412 f., 419, 422
 territoriale Beschränkungen 155, 162 ff., 293 f., 297, 302, 415
 Territorialitätsgrundsatz (im Immaterialgüterrecht) 125, 221, 231, 286
 Torso-Syndikat 391
 TOT-Kodex (UN) 562, 564, 565 ff., 587, 612
 Transaktionskosten 21, 61, 71, 77
 Transformationsländer 463, 563
 Transparenz 80, 548, 551
 Trias, immaterialgüterrechtliche 238 ff., 251, 271, 276, 280 f., 623 f.
 Triffinscher Koeffizient 433
 TRIMs-Abkommen 595
 TRIPs-Abkommen 2, 211 f., 267, 271, 530, 534, 551, 566 ff., 572 ff., 601, 626 f.
 – Kartellrecht 581 ff.
 – Lauterkeitsrecht 580 f.
 Trittbrettfahrer 16 f., 22, 25, 29, 386

 Überkreuzlizenzen 70 f., 160
 Übertragung gewerblicher Schutzrechte, s. Schutzrechtsübertragung
 Umpackfälle 258 ff., 275 f.
 Umschlagpunkt 358 f.
 UN-Kodex zur Kontrolle wettbewerbsbeschränkender Praktiken, s. RBP-Set
 unberechtigte Schutzrechtsverwarnung 63, 474
 UNCTAD 562, 565, 600, 604
 UNCTAD-Kartellmodellgesetz 563
underprotection 218, 228 ff.
 unlauterer Wettbewerb 7, 39, 233, 236 f., 377 ff., 557, 580 f.
 Unternehmensbegriff, funktionaler 334, 429
 Unternehmenswachstum
 – externes, s. Fusionskontrolle
 – internes 447 ff., 522, 525 ff.
 Urheberrecht 124 f., 234 f., 479 ff.
 – an Informationen 489
 Urheberrechtslizenzverträge 139 f.
 Uruguay-Runde 601
 US-amerikanisches Recht 37 ff., 620 ff.
 US Semiconductor Chip Protection Act 207

U.S. v. Terminal Railroad-Entscheidung (U.S. Supreme Court) 94, 503

 „vaporware“, s. Produktankündigung
 Verbandszeichen 162 ff.
 Verbot des Doppelschutzes 199 f., 216
 Verbotsprinzip 145, 167, 173, 334, 427, 429, 454
 Verbraucherschutz 214
 Verdrängungsabsicht 116
 Vereinbarung, Begriff der 336 ff.
 Verfügungsrechte, s. *property rights*-Lehre
 Vergleichsmarktkonzept 464, 466 ff.
 Vergleichsvertrag 311 f.
 Vergütungslösung (für Ersatzteile) 532 ff.
 Verletzung, s. Schutzrechtsverletzung
 Vermiet- und Verleihrecht 256 ff.
 verschleierte Handelsbeschränkung 273 ff.
 Versuchsprivileg 182
 vertikale Preisbindung 49, 57, 66, 69 f., 82, 139, 153, 155, 188, 293, 343, 370, 622
 vertikale Wettbewerbsbeschränkungen
 – deutsches Recht 141, 154 ff.
 – DIAC 606 f., 610, 615 f.
 – US-amerikanisches Recht 57, 65, 76, 81
 Vertragsfreiheit 86, 89 f., 147
 – s. auch Lizenzierungsfreiheit
 Verwendungspatent 181
 Verwertungsgesellschaften 59 f., 336, 469 f.
 Vier-Felder-Theorie V, 73, 120, 610 ff., 628
 VO 17, s. Kartellverordnung, europäische
Volvo-Entscheidung (EuGH) 244, 323, 457, 471 ff., 479, 482, 486, 495 f., 530 f., 547, 549
 Vorabinformation, s. Schnittstelleninformationen
 Vorfeldthese 175
 Vorrang des Gemeinschaftsrechts 176 ff.

Walker Process-Fälle, s. Schutzrechtser-schleichung
Walt Wilhelm-Entscheidung (EuGH) 176 f.
 Warenverkehrsfreiheit 217, 218 ff., 471 f.
 – Abgrenzung von Dienstleistungsfreiheit 281 f.
 – Tatbestandsrestriktion 225 ff.
 – Verstoß durch Unterlassen 219
 – s. auch Grundfreiheiten
 Warenzeichenverband 162 ff.
 Weihnachtsbekanntmachung 293, 296, 626
 „weise“ Gesetzgebung 28, 178 f., 516, 544, 555

- „weiße Liste“ 296 f., 301, 303 f., 432, 469, 583
- Weltkartellrecht, s. Internationales Kartellrecht
- wesentliche Einrichtungen, s. *essential facilities*
- Wettbewerb
- als Entdeckungsverfahren 1, 449
 - beschränkungsfähiger 366 ff., 399
 - potentieller 366, 399
 - rechtswidriger 377 ff.
 - schutzwürdiger 376 ff.
- Wettbewerbsbeschränkung
- Begriff 160 f., 348 ff.
 - formale 354 ff., 401 f., 426, 629
 - Materialisierung 73, 387, 404, 409 ff., 426, 624 f., 629
 - materielle 354 ff., 402 f., 404 f., 409, 419, 422, 425 f.
- Wettbewerbsöffnungstheorie 58, 63, 137, 148 ff., 152, 222 ff., 329 ff., 368, 387 ff., 403, 422, 454
- im immaterialgüterrechtlichen Sinn 389, 402
 - im kartellrechtlichen Sinn 389
- Wettbewerbsfunktionen 288 f., 620
- Wettbewerbstheorie und -politik 12, 40 f.
- Wettbewerbsverbot 145, 373, 414 f.
- Wettbewerbsverfälschung 364 ff.
- Windows* 108 ff., 115
- „*Wintelism*“ 108 ff.
- Wirtschaftsvölkerrecht 557 ff.
- Wohlfahrtstheorie 24
- workable competition* 351
- World Trade Organization (WTO)
- 572 ff.
 - Arbeitsgruppe Wettbewerbspolitik 601 ff.
 - Kartellrecht 594 ff.
 - Ministerkonferenz in Singapur 601 f.
 - multilaterale Handelsübereinkommen 605
 - plurilaterale Handelsübereinkommen 605
 - Schutzmaßnahmen 596 f.
 - Streitbeilegung 575 ff.
 - Überprüfung der Handelspolitik 597
 - s. auch GATT
- WTO-Gutachten* (des EuGH) 193, 211 f., 216
- Zunftzwang 34
- Zwangsjackeneffekt 74
- Zwangskartellgesetz (1933) 132
- Zwangslizenz 85 f., 169, 178–186, 228 ff., 237, 250, 253 ff., 474, 493 f., 499 ff., 512, 530, 557, 561, 588 ff.
- s. auch Lizenzierungszwang
- Zwecktheorie 158, 339
- Zwei-Felder-Theorie 43 ff., 55 f., 58, 73, 120, 147, 610 ff., 621, 628
- Zwei-Sphären-Ansatz 43, 56, 147
- Zwischenstaatlichkeitsklausel 341, 368, 429, 437, 457, 484, 546

Jus Privatum

Beiträge zum Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Beckmann, Roland Michael*: Nichtigkeit und Personenschutz. 1998. *Band 34*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Bittner, Claudia*: Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht. 2000. *Band 46*.
- Bodewig, Theo*: Der Rückruf fehlerhafter Produkte. 1999. *Band 36*.
- Busche, Jan*: Privatautonomie und Kontrahierungszwang. 1999. *Band 40*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Dauner-Lieb, Barbara*: Unternehmen in Sondervermögen. 1998. *Band 35*.
- Dethloff, Nina*: Europäisierung des Wettbewerbsrechts. 2001. *Band 54*.
- Drexler, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Eberl-Borges, Christina*: Die Erbauseinandersetzung. 2000. *Band 45*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkeenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Ellger, Reinhard*: Bereicherung durch Eingriff. 2002. *Band 63*.
- Escher-Weingart, Christina*: Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht. 2001. *Band 49*.
- Giesen, Richard*: Tarifvertragliche Rechtsgestaltung für den Betrieb. 2002. *Band 64*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und ‚sonstiges‘ Recht. 1996. *Band 17*.
- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Heinemann, Andreas*: Immaterialgüterschutz in der Wettbewerbsordnung. 2002. *Band 65*.
- Heinrich, Christian*: Formale Freiheit und materielle Gerechtigkeit. 2000. *Band 47*.
- Henssler, Martin*: Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6*.
- Hergenröder, Curt Wolfgang*: Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12*.
- Hess, Burkhard*: Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26*.
- Hofer, Sibylle*: Freiheit ohne Grenzen. 2001. *Band 53*.
- Huber, Peter*: Irrtumsanfechtung und Sachmängelhaftung. 2001. *Band 58*.
- Junker, Abbo*: Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2*.
- Kaiser, Dagmar*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge wegen Nicht- und Schlechterfüllung nach BGB. 2000. *Band 43*.
- Katzenmeier, Christian*: Arzthaftung. 2002. *Band 62*.
- Kindler, Peter*: Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16*.
- Kleindiek, Detlef*: Deliktshaftung und juristische Person. 1997. *Band 22*.
- Luttermann, Claus*: Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32*.
- Looschelders, Dirk*: Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht. 1999. *Band 38*.

Beiträge zum Privatrecht

- Lipp, Volker*: Freiheit und Fürsorge: Der Mensch als Rechtsperson. 2000. *Band 42*.
- Merkt, Hanno*: Unternehmenspublizität. 2001. *Band 51*.
- Möllers, Thomas M.J.*: Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18*.
- Muscheler, Karlheinz*: Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5*.
- Oechsler, Jürgen*: Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21*.
- Oetker, Hartmut*: Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9*.
- Oppermann, Bernd H.*: Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3*.
- Peifer, Karl-Nikolaus*: Individualität im Zivilrecht. 2001. *Band 52*.
- Peters, Frank*: Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1*.
- Raab, Thomas*: Austauschverträge mit Drittbeteiligung. 1999. *Band 41*.
- Reiff, Peter*: Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmenstragender Verbände. 1996. *Band 19*.
- Reppen, Tilman*: Die soziale Aufgabe des Privatrechts. 2001. *Band 60*.
- Robe, Mathias*: Netzverträge. 1998. *Band 23*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter für eingeschränkt Selbstbestimmungsfähige. 1999. *Band 39*.
- Saenger, Ingo*: Einstweiliger Rechtsschutz und materielle rechtliche Selbsterfüllung. 1998. *Band 27*.
- Sandmann, Bernd*: Die Haftung von Arbeitnehmern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten. 2001. *Band 50*.
- Schur, Wolfgang*: Leistung und Sorgfalt. 2001. *Band 61*.
- Schwarze, Roland*: Vorvertragliche Verständigungspflichten. 2001. *Band 57*.
- Sieker, Susanne*: Umgehungsgeschäfte. 2001. *Band 56*.
- Stadler, Astrid*: Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15*.
- Stoffels, Markus*: Gesetzlich nicht geregelte Schuldverhältnisse. 2001. *Band 59*.
- Taeger, Jürgen*: Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computerprogramme. 1995. *Band 13*.
- Trunk, Alexander*: Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28*.
- Wagner, Gerhard*: Prozeßverträge. 1998. *Band 33*.
- Waltermann, Raimund*: Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14*.
- Weber, Christoph*: Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht. 2000. *Band 44*.
- Wendehorst, Christiane*: Anspruch und Ausgleich. 1999. *Band 37*.
- Würthwein, Susanne*: Schadensersatz für Verlust der Nutzungsmöglichkeit einer Sache oder für entgangene Gebrauchsvorteile? 2001. *Band 48*.

*Einen Katalog erhalten Sie gern vom Verlag Mohr Siebeck, Postfach 2040,
D-72010 Tübingen. Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*